Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 167. Sonnabend den 21. Juli 1849.

□ **Breslau**, 19. Juli. [Die Gesetze vom 29. u. 30. Juni. III.] Ein Mitglied der Linken in der aufgelösten zweiten Kammer nannte das Versammlungs- und Vereinigungsrecht eine Komposition des Rechtes zu gehen, zu stehen und zu sprechen. Diese Auffassung würde allerdings jedes Gesetz über das Versammlungs- und Vereinsrecht ausschließen, und den Versammlungen und Vereinen keine weiteren Beschränkungen auflegen, als diejenigen, welche jeder Einzelne in seinem Gehen, Stehen und Sprechen sich gefallen lassen muß. War indeß diese Definition ernst gemeint, was wir bezweifeln, so war sie doch nicht richtig. Nicht nur die Staatsweisheit aller Zeiten hat das Gehen, Stehen und Sprechen in Masse und in einer einheitlich organisirten Weise von der Ausübung jener ersten Naturrechte unterschieden, sondern schon der einfache Augenschein zeigt, daß jene Thätigkeiten, in Versammlungen und Vereinen ausgeübt, in der That etwas von dem einfachen Gehen, Stehen und Sprechen wesentlich Verschiedenes sowohl an sich als in ihrer Einwirkung auf die Allgemeinheit darstellen. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist daher ein wesentlich selbständiges Grundrecht und nicht blos das Recht zu gehen, zu stehen und zu sprechen. Bestimmungen über die Ausübung desselben sind daher an sich noch keine Beschränkungen des Rechtes und brauchen am wenigsten in das Gebiet der Prävention zu fallen. Sie können unbeschadet des Rechtes getroffen werden, sobald der Schutz der Rechte der Allgemeinheit oder der Einzelnen sie erfordert. Sind daher auch öffentlich Aufzüge scheinbar nichts weiter, als die Ausübung des Rechtes zu gehen, so können sie doch unter Umständen wahre Rechtsverletzungen werden, wenn sie, wie das in der Regel der Fall sein wird, an solchen Orten vorgenommen werden, wo Andere in ihrem Rechte zu gehen oder zu stehen dadurch beeinträchtigt werden. Versammlungen auf öffentlichen Plätzen können das Interesse des Rechtes verletzen, indem entweder ein Theil der Bevölkerung durch massenhafte Okkupation des Platzes den andern Theil ganz davon ausschließt oder die Benutzung desselben zu den bestimmten Zwecken verhindert. Auch Versammlungen auf nicht öffentlichen Plätzen aber unter freiem Himmel können unter Umständen rechtsverletzend werden, indem sie die öffentliche Ruhe in ihren Umgebungen wenigstens stören. Versammlungen, deren Theilnehmer bewaffnet sind, verletzen zwar an sich noch kein fremdes Recht, aber die Untersagung derselben findet in anderen allgemein anerkannten Sätzen des öffentlichen Rechtes ihre Berechtigung und kann als eine Beschränkung des Rechtes um so weniger betrachtet werden, als sich ein erlaubter Zweck einer bewaffneten Berathung kaum denken läßt und die Schonung einer bloßen Caprice der allerdings ziemlich eklatanten Gefahr für die öffentliche Sicherheit gegenüber unberechtigt erscheint.

Hiermit hätten wir die Fälle erschöpft, in denen eine Beschränkung des Versammlungsrechtes mit dem reinen Rechtsstandpunkte vereinbar ist. In der That unterwerfen auch fast alle Gesetzgebungen, selbst der freiesten Staaten, die öffentlichen Aufzüge, die Versammlungen auf öffentlichen Plätzen und unte freiem Hmmel gewissen Beschränkungen und verbieten Berathungen unter den Waffen. Fügen wir nun noch hinzu, daß Vereine, welche einen strafbaren Zweck als das Ziel ihrer Vereinsthätigkeit offen und bestimmt hinstellen, schon deshalb unterdrückt werden können, weil jede Thätigkeit, jede Zusammenkunft derselben als der Anfang einer strafbaren Handlung, die Theilnehmer aber als in frischer That begriffen zu betrachten sind, so hätten wir hiermit die Materialien für ein Gesetz über das Versammlungs- und Vereinsrecht im Sinne des reinen Repressiv-Systems gewonnen. Die belgische Verfassung, die deutschen Grundrechte, ja selbst die preußische Verfassung, sowie die Praxis in England, beschränken sich auch in der That auf diese Bestimmungen.

Wir dürfen wohl kaum erst darauf hinweisen, daß das hier einschlagende Gesetz vom 29. Juni d. J. aus dem entgegengesetzten Gesichtspunkt hervorgegangen ist. Nicht die Absicht, in Anerkennung der segensreichen Wirkung des Vereinslebens die Ausübung des Rechtes vor allen Angriffen sicher zu stellen, hat jenes Gesetz diktirt, sondern das Bestreben, die als überwiegend anerkannte Gefährlichkeit der Vereine und Versammlungen durch ein System beharrlicher, allseitiger und unausgesetzter Ueberwachung zu paralisiren. Wenn man aber einem so complicirten Gesetze und einer so schwierigen Controle nicht, wie in Frankreich, das einfache Verbot vorgezogen hat, so mag die Ursache theils darein liegen, daß bei uns das Vereinsleben noch nirgends und niemals in so gewaltthätiger und leidenschaftlicher Opposition der Regierungsgewalt gegenüber getreten ist, wie in Frankreich, theils zwingt das eben erst aufgenommene und feierlich proklamirte konstitutionelle System zu einer Beschränkung der Prävention auf das zur Erreichung des Zweckes niedrigste Maaß, und endlich dürfen wir, um nicht ungerecht zu sein, auch wohl eine gewisse Anerkennung eines kaum mehr ganz zu verweigernden Rechtes und der mannigfachen segensreichen Früchte der Versammlungen und Vereine voraussetzen.

Die Tendenz des Gesetzgebers läßt sich aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ziemlich klar erkennen. Bekanntlich wurde das Gesetz zunächst als Entwurf der zweiten Kammer vorgelegt, von dieser berathen und amendirt und nunmehr endlich von der Regierung in seiner gegenwärtigen Gestalt als Verordnung erlassen.

Eine Vergleichung der Verordnung vom 29. Juni mit dem Entwurf vom 10. März giebt das Resultat, daß die Regierung einerseits auf gewisse Präventivbestimmungen einen so hohen Werth legte, um sie auch im Widerspruche mit der Kammer aufrecht zu erhalten, daß sie andererseits aber auf die Beschlüsse der Kammer, soweit diese nur auf eine Beseitigung unnützer aber belästigender Vorbeugungsmaßregeln oder auf eine präzisere Fassung gingen, vielfache Rücksichten nahm.

So wurde in ersterer Beziehung die Bestimmung des Entwurfes, wonach „von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, der Vorsteher, Unternehmer, Ordner, Leiter oder der Inhaber des Versammlungs-Lokals mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung Anzeige bei der Polizeibehörde zu machen hat" von der Kammer dahin modifizirt, daß diese Anzeigepflicht nur dem Unternehmer und nur für solche Versammlungen obliege, zu denen eine öffentliche oder allgemeine Einladung erlassen werde, und daß die Anzeige nur 6 Stunden vor dem Beginn der Versammlung stattzufinden brauche. Jenes Amendement ging von dem Wenzelschen Centrum aus und wir verweisen zur näheren Erläuterung desselben auf die schon früher in diesen Blättern besprochene Broschüre von Wenzel, worin der Verfasser mit vieler Klarheit auseinandersetzt, daß die Anzeigepflicht in der von der Regierung proponirten Allgemeinheit der Polizei die Gewalt in die Hand lege, die Ausübung des Versammlungsrechtes ganz illusorisch zu machen und selbst die vertraute Besprechung von Freunden im engsten Kreise der polizeilichen Controle unterwerfe, daß aber die Anzeige 6 Stunden vor dem Beginn der Versammlung und die Beschränkung auf öffentliche oder allgemeine Versammlungen für den Zweck vollkommen ausreichend sei. Die Verordnung hat nur in dem einzigen Punkte auf das Amendement Rücksicht genommen, daß sie ebenfalls die Anzeigepflicht nur auf den Unternehmer beschränkte, in allen übrigen Punkten aber die Bestimmungen des Entwurfes festhielt. Die Verpflichtung so vieler Personen zur Anzeige war offenbar für die Betheiligten als die Polizei-Behörden gleich belästigend und, da die Anzeige des Unternehmers zu dem beabsichtigten Zweck der Kenntnißnahme vollkommen hinreicht, auch völlig unnütz. Dagegen haben die Urheber der Verordnung es nicht über sich gewinnen können, den Arm der Polizei von denjenigen Zusammenkünften abzuziehen, welche in ihrem Privatcharakter von dem Eindringen der öffentlichen Gewalt wenigstens so lange befreit bleiben sollten, als sie selbst nicht einen öffentlichen Charakter annehmen. Es ist unmöglich, daß diese Bestimmung stets und konsequent zur Anwendung gebracht werde, aber es kann doch in einzelnen Fällen geschehen, daß sechs oder noch weniger Freunde, welche ein harmloses Kränzchen zur Unterhaltung oder gegenseitigen Belehrung über politische Fragen abhalten, wegen unterlassener polizeilicher Anzeige zur Verantwortung und Bestrafung gezogen werden. Darin liegt aber eben das Verwerfliche jedes polizeilichen Systems, daß es das Recht der Willkür preisgiebt und nicht Allen mit gleichem Maße mißt.

Der Entwurf vom 10. März legte den Versammlungen eine Zwangsöffentlichkeit auf, nöthigte sie, den vierten Theil der Plätze für Nichtmitglieder frei zu halten und außerdem noch zwei Polizeibeamten Plätze nach freier Wahl einzuräumen. Die zweite Kammer verwarf diese Bestimmungen durchgehends. Die Verordnung hat der Kammer gegenüber ihren Zweck, die polizeiliche Ueberwachung jeder Versammlung, nicht aufgegeben, aber sie hat sich in der Wahl der Mittel beschränkt und auch hier wieder alle unnützen und besonders lästigen Beschränkungen entfernt. Die Bestimmung des Entwurfs, den vierten Theil der Plätze frei zu lassen, war rechtsverletzend, denn sie untersagte die freie Disposition über einen den Vereinsmitgliedern gehörenden Raum, sie war aber auch zugleich überflüssig und, man möchte sagen, sinnwidrig. Denn da bei der Regierung offenbar das Mißtrauen in die Vereine überwog, die deshalb für nöthig gehaltene Ueberwachung aber schon durch Polizeibeamte besorgt wurde, so mußte im Gegentheil ihr Bestreben dahin gehen, das Publikum den Einflüssen der Vereine zu entziehen. Die Verordnung hat ferner die beleidigende Forderung von Plätzen für die Polizeibeamten nach deren Wahl aufgegeben und sich mit „angemessenen" Plätzen begnügt, sowie sie endlich auf die Anzeige der ihr ohnehin bekannten regelmäßigen Vereinsversammlungen verzichtet.

Grade an den hier aufgeführten Beispielen zeigt sich die Richtigkeit unserer Behauptung, daß die Verordnung, obschon in ihrem Wesen und ihrer Tendenz von dem Standpunkte der Prävention ausgehend, dennoch jede mit diesem Standpunkte vereinbarte Berücksichtigung und Schonung des Rechtes anwendet. Die aufgenöthigte Anwesenheit von Polizeibeamten gehört allerdings in das Gebiet der Prävention, hindert aber an sich die Ausübung des Versammlungsrechtes noch nicht direkt und würde deshalb in Anwendung eines früher von uns aufgestellten Grundsatzes einer unmittelbar drohenden Gefahr gegenüber nicht unzulässig sein: daß die jetzt herrschende politische Anschauung in jeder Versammlung eine solche Gefahr erblickt, ist eben die Folge jenes von uns bezeichneten Standpunktes und jeder weitere Streit hierüber wäre überflüssig.

Wer aber der Wirksamkeit der Vereine und Versammlungen überhaupt einen Werth beilegt, wird sich durch jene lästige und weil sie auf Mißtrauen beruht, beleidigende Bedingung von der Ausübung seines Rechtes nicht dürfen abhalten lassen, und wenn einzelne Vereine in der Verordnung eine Veranlassung zu ihrer freiwilligen Auflösung finden, so können wir einen solchen kindischen Eigensinn nur beklagen.

Nicht darin zeigt sich die politische Tüchtigkeit, daß man von jeder Betheiligung sich zurückzieht, sobald man nicht mehr im Troß bequem auf der breiten Heerstraße einhergehen kann, sondern in der zähen Beharrlichkeit, mit der man durch die engsten Gäßchen trotz aller Hindernisse auf das vorgesteckte Ziel fest zuschreitet.

Preußen.

Berlin, 19. Juli. Des Königs Majestät haben allerhöchstihren bisherigen Regierungsrath Richard Hoene zum Generalkonsul in Antwerpen zu ernennen geruht.

Berlin, 19. Juli. [Commentar des Preuß. Staatsanz. zu den Friedens-Präliminarien und dem Abschluß eines Waffenstillstande mit Dänemark.] Als mit der faktischen Auflösung der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt der provisorischen Centralgewalt für Deutschland der gesetzliche Boern ihrer Wirksamkeit nach Innen und Außen entzogen war, mußte es die preußische Regierung, die unter allen deutschen Regierungen am unmittelbarsten und empfindlichsten durch die Folgen des dänischen Krieges betroffen wurde, als eine ihrer ersten und unabweislichsten Pflichten erkennen, der Fortdauer eines

sowohl für Preußen, als einen großen Theil des übrigen Deutschlands mit eben so schmerzlichen, als nutzlosen Opfern verbundenen Kriegszustandes so bald als irgend möglich ein Ziel zu setzen. Entschlossen, dieser Pflicht unverweilt trotz etwaiger formeller Bedenken zu genügen, zögerte die königliche Regierung nicht, das Friedenswerk selbstständig in die Hand zu nehmen. Sie ließ demzufolge an das königl. dänische Kabinet die Einladung ergehen, zur Weiterführung der bis dahin in London gepflogenen Unterhandlungen einen Bevollmächtigten nach Berlin zu senden. Nachdem dieser Einladung von Seiten Dänemarks auf das Bereitwilligste entsprochen war, fanden die ersten Berathungen der beiderseitigen Bevollmächtigten, unter Zuziehung des großbritannischen Gesandten am hiesigen Hofe als Repräsentauten der vermittelnden Macht, in der ersten Hälfte des verflossenen Monats statt. Es braucht nach dem so eben Gesagten kaum noch besonders hervorgehoben zu werden, daß der dabei einzunehmende Standpunkt keineswegs ein neuer und willkürlicher, sondern ein durch das bisherige Resultat der Verhandlungen gegebener und bestimmt bezeichneter war.

Dies gilt namentlich und insbesondere von der durch den Art. I. der Präliminarien festgestellten Grundlage des künftigen definitiven Friedens. Von der vermittelnden Macht in Vorschlag gebracht, ist diese Basis sowohl von Dänemark als auch von der provisorischen Centralgewalt im Namen Deutschlands, und zwar von letzterer durch ein amtliches Schreiben vom 3. Februar d. J. ausdrücklich angenommen worden. Die Bereitwilligkeit, auf dieser Grundlage zu unterhandeln, wurde von der provisorischen Centralgewalt auch noch nach der in den ersten Tagen des April dänischerseits erfolgten Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ausgesprochen, und wenn, was nicht unerwähnt bleiben soll, das Reichsministerium einige Wochen später in einer an den wirklichen geheimen Rath Herrn Bunsen gerichteten Instruktion vom 27. April sich für nicht ferner an jene Basis gebunden erklärte, so muß die Zulässigkeit eines solchen einseitigen Rücktritts von einem unter Autorität der vermittelnden Macht von beiden Theilen angenommenen Grundsatze mit Recht bezweifelt werden. — Die auf diese Weise bereits in London festgestellte Basis des definitiven Friedens ist, im Allgemeinen ganz zutreffend, als die der zukünftigen Selbstständigkeit Schleswigs bezeichnet worden. Denn sowohl Dänemark als Deutschland gegenüber soll dieses Herzogthum in Beziehung auf gesetzgebende Gewalt und innere Landesverwaltung eine völlig gesonderte und unabhängige Existenz erhalten. Die nähere Feststellung und Ausbildung der auf diese Basis zu gründenden Organisation des Herzogthums Schleswig hat einer demnächstigen näheren Verhandlung vorbehalten bleiben müssen, da eine solche wegen der dabei zur Erörterung kommenden, vielfach ins Einzelne gehenden Bestimmungen, einen nicht unbedeutenden Zeitanfwand erheischen wird und deren Ergebniß daher für jetzt, wo sich der schleunige Abschluß eines Waffenstillstandes im Interesse unserer bedrängten Ostsee-Provinzen als das erste und dringendste Bedürfniß darstellte, nicht füglich abgewartet werden konnte. Ohne dem Resultate dieser Verhandlungen im Einzelnen vorgreifen zu wollen, kann im Allgemeinen doch schon jetzt so viel als feststehend betrachtet werden, daß Peeußen demselben nur insofern seine Zustimmung wird ertheilen können, als die volle *innere Selbstständigkeit Schleswigs* dadurch zu einer *rechtlichen und thatsächlichen Wahrheit* wird. Es wird dazu namentlich, und um hier nur das *Wichtigste* hervorzuheben, wesentlich erforderlich sein, daß die dem Lande zugesagte legislatorische und administrative Selbstständigkeit durch ausschließlich einheimische Beamte gewahrt werde, daß eine völlige Trennung und darauf gegründete selbstständige Verwaltung des bisher mit Dänemark gemeinschaftlichen Finanz- und Staats-Schuldenwesens stattfinde, daß der schleswigsche Heerestheil eine durchaus nationale Organisation erhalte. Zu dem Besitze einer durch solche Bürgschaften der Unabhängigkeit gewährleisteten politischen Existenz wird das Herzogthum Schleswig, dies glauben wir zuversichtlich erwarten zu dürfen, einen Ersatz für das theilweise Aufgeben seiner bisherigen Verbindung mit dem benachbarten Holstein finden, und dies um so mehr, als die Aufrechthaltung der nicht politischen, durch materielle Interessen vermittelten Verbindung zwischen beiden Ländern durch eine ausdrückliche Bestimmung vertragsmäßig vorbehalten ist. Durch diesen Vorbehalt wird nicht allein die Erhaltung der Gemeinsamkeit eines großen Theiles der wichtigeren Landes-Institute in Aussicht gestellt, sondern es bleibt dadurch namentlich die Möglichkeit der Trennung beider Herzogthümer durch eine Zoll-Linie ein- für allemal ausgeschlossen. Ueberdies darf nicht unbeachtet bleiben, daß gerade in der künftig beiden Ländern zu gewährenden Selbstständigkeit das sicherste Mittel für dieselben liegt, ihre Beziehungen zu einander auf das Innigste zu pflegen und demselben die dem gegenseitigen Interesse entsprechende Entwickelung zu geben.

Wenn auch nicht bereits in London die Basis der „Selbstständigkeit" Schleswigs auf eine für Preußen verbindliche Weise festgestellt worden wäre, so würden diese und ähnliche Betrachtungen völlig geeignet gewesen sein, die königliche Regierung zu einem Eingehen auf dieselbe geneigt zu machen. Diesen Betrachtungen tritt überdies aber auch noch die sehr wesentliche Erwägung hinzu, daß Preußen in einem Augenblick, wo es in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten einen Verfassungs-Entwurf für Deutschland vorlegte, nach welchem ein deutsches Land, welches mit einem nicht deutschen Lande unter demselben Staatsoberhaupte vereinigt ist, eine von dem nicht deutschen Lande getrennte eigene Verfassung und Verwaltung haben soll, nicht füglich die unzertrennliche Verbindung des deutschen Holstein mit dem nicht zum deutschen Staatenverbande gehörigen Schleswig unbedingt festhalten konnte. Zwar sind in der den Verfassungs-Entwurf begleitenden Denkschrift die Verhältnisse Schleswigs ausdrücklich vorbehalten, allein bei den bekannten Dispositionen des dänischen Kabinets ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß dasselbe unter den gegenwärtigen Umständen keinenfalls in ein Abkommen gewilligt haben würde, wodurch Schleswig, wenn auch nur mittelbar, in eine nähere oder innigere Beziehung zu Deutschland gebracht worden wäre. Wir glauben, die Zuversicht hegen zu dürfen, daß selbst in den Herzogthümern, bei ruhiger und leidenschaftsloser Erwägung, die großen Vortheile nicht werden verkannt werden, welche ihnen ein auf die Basis der Selbstständigkeit beider Länder zu gründendes Abkommen gewähren muß, ein Abkommen, das ihnen die Zukunft offen erhält und ein- für allemal den Uebergiffen Dänemarks ein Ziel setzt, die vor dem Ausbruche des Krieges den Gegenstand der gerechten Beschwerden der Herzogthümer bildeten, und deren gründliche Beseitigung stets als das Hauptziel patriotischer Wünsche und Bestrebungen in denselben betrachtet wurde.

Die Schleswig zu gewährende Selbstständigkeit soll nach dem Schlußsatze des Art. I. die politische Verbindung unberührt lassen, welche dieses Herzogthum an die Krone Dänemark knüpft. Um in dieser Beziehung jedem Mißverständnisse von vornherein vorzubeugen, muß bemerkt werden, daß sowohl nach der Auffassung des preußischen Kabinets, als wie nach derjenigen der vermittelnden Macht, von welcher letzteren die Fassung dieses ganzen Artikels ausgegangen ist, der obenerwähnte Schlußsatz desselben nichts anderes und nichts weiter bezweckt, als die Feststellung des Grundsatzes, daß hinsichtlich seiner Beziehungen zum Auslande, das Herzogthum Schleswig als ein Theil der dänischen Monarchie betrachtet werden soll. Es ist dadurch keinesweges etwas Neues festgesetzt, ein seit unvordenklicher Zeit thatsächlich und unbestritten, und, wie wir glauben, zum Vortheile Schleswigs bestandenes Verhältniß vielmehr formell nur bestätigt worden. Wir sagen ein zum Vortheil Schleswigs bestandenes Verhältniß, denn es leuchtet ein, daß für ein Land von dem Umfange dieses Herzogthums die volle Selbstständigkeit nach außen viel eher eine drückende Last als ein Vortheil und eine Wohlthat in sich schließt. Der Mißdeutung, als solle durch die Beibehaltung der politischen Verbindung mit der Krone Dänemarks das Schicksal Schleswigs für ewige Zeiten an dasjenige Dänemarks gekettet werden, tritt der Vertrag selbst mit der ausdrücklichen Bestimmung entgegen, daß das getroffene Abkommen in keiner Weise den eventuellen Rechten dritter Personen präjudiziren solle. Es sind damit zunächst, wie kaum bemerkt zu werden braucht, die Erbansprüche der Agnaten des Hauses Oldenburg gemeint, und die praktische Bedeutung dieser Bestimmung *ist die*, daß die Uebereinkunft hinsichtlich Schleswigs zu Boden fällt, wenn bis zum etwaigen Aussterben des jetzt in Dänemark regierenden Mannsstammes die Regulirung der Successionsfrage nicht erfolgt sein sollte. Zu einer solchen Regulirung in der Weise, wie dies durch den Art. IV. in Aussicht gestellt ist, auch seinerseits die Hand zu bieten, konnte Preußen um so weniger Anstaand nehmen, als die rechtzeitige Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit sowohl und insbesondere im Interesse der Herzogthümer selbst, als auch in dem der Nachbarländer und sämmtlicher mehr oder weniger direkt dabei betheiligter Großmächte als ein dringendes und unabweisliches Bedürfniß erscheint.

In Beziehung auf Holstein und Lauenburg erschien es nach einem Kriege, der alle öffentlichen Verhältnisse dieser Länder erschüttert und in Frage gestellt hat, wenn auch nicht durchaus nothwendig, doch jedenfalls angemessen, die bisherige völkerrechtliche und bundesmäßige Stellung dieser Länder zu Deutschland von neuem zu bekräftigen und den demnächstigen Anschluß an den von Preußen beabsichtigten und angestrebten engeren Bundesstaat wenigstens in Aussicht zu stellen. In dieser letzteren Hinsicht für jetzt schon weiter zu gehen, als es durch den betreffenden Passus des Art. III. geschehen, würde aus mehrfachen Gründen, namentlich aber um deshalb nicht wohl zu rechtfertigen gewesen sein, weil einmal die Stellung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu Deutschland dem Ursprunge und Zwecke des Krieges durchaus fremd war, und weil zweitens es in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo ein Zusammenwirken des rechtmäßigen Landesfürsten von Holstein und Lauenburg mit den daselbst bestehenden Landes-Regierungen durch die dermaligen Umstände unmöglich gemacht wird, eine Erklärung in dieser Hinsicht nicht zu erlangen gewesen wäre, welche als der berechtigte Ausdruck des Willens und der Wünsche beider Länder hätte betrachtet werden können. In dem Schlußsatze des Artikel III. ist eine werthvolle konstitutionelle Garantie für das Herzogthum Holstein ausgesprochen.

Soviel von den Friedens-Präliminarien. Was die Waffenstillstands-Uebereinkunft anlangt, so finden sich darin nur wenige Punkte, die einer näheren Erläuterung zu bedürfen scheinen.

Die Niedersetzung einer abgesonderten Landesverwaltung für die Gesammtheit des Herzogthums Schleswig steht in genauem und folgerichtigem Zusammenhange mit dem durch die Präliminarien festgestellten Grundsatze der administrativen Selbstständigkeit Schleswigs und ist bestimmt, den Uebergang zu diesem neuen Zustande zu vermitteln und die Ausführung des künftigen Friedens auf zweckmäßige Weise vorzubereiten.

Es war anfänglich die Absicht der beiden kontrahirenden Mächte, den nördlichen, jenseits der Demarkationslinie belegenen Theil des Herzogthums Schleswig während der Dauer des Waffenstillstandes von aller militärischer Besetzung frei zu lassen und der zu bildenden schleswigschen Landesverwaltung die Befugniß einzuräumen, behufs Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in diesem Distrikt, ein Sicherheitskorps aus Landes-Eingebornen zu errichten. Bei näherer Erwägung mußte indessen diese Idee wegen der sich ergebenden großen Schwierigkeiten in der Ausführung wieder aufgegeben werden, und es blieb nunmehr, da die interimistische Landesverwaltung nicht füglich ohne alle Exekutivmacht für den nördlichen Theil des Herzogthums Schleswig gelassen werden konnte, nichts anderes übrig, als eine dem Zwecke entsprechende Anzahl nrutraler Truppen in demselben zuzulassen. Die königliche Regierung konnte um so weniger Anstand nehmen, sich wegen Gewährung dieser Truppen in Gemeinschaft mit Dänemark an des Königs von Schweden und Norwegen Majestät zu wenden, als das stockholmer Kabinet, ungeachtet der im ganzen skandinavischen Norden laut gewordenen Sympathien für Dänemark, unausgesetzt die freundschaftlichsten Gesinnungen für Preußen an den Tag gelegt und sich namentlich bei dem im vorigen Jahre auf diesseitiges Ansuchen übernommenen Vermittelungs-Geschäfte des malmöer Waffenstillstandes von den anerkennenswertesten Geiste hoher Unparteilichkeit und Versöhnlichkeit beseelt gezeigt hatte.

Für die Einnahme der den verschiedenen Truppentheilen nach Maßgabe der Waffenstillstands-Bedingungen schließlich anzuweisenden Stellungen ist zwar ein Termin von 25 Tagen, vom Tage der Auswechselung der Ratifikationen an gerechnet, bestimmt worden. Allein die Aufhebung der Blockaden und die Zurückgabe der Schiffe und Ladungen wird bereits früher, und zwar gleichzeitig mit Ueberschreitung der im Artikel III. stipulirten Demarkationslinie seitens der deutschen Truppen erfolgen. Nach einer ungefähren Berechnung wird dies in 10 bis 12 Tagen geschehen sein. Es wird hierdurch für die Wiedereröffnung der Schifffahrt kaum eine Verzögerung entstehen können, da eine 10- bis 12tägige Frist jedenfalls zur Instandsetzung und Befrachtung der zum Auslaufen bestimmten Schiffe erforderlich sein dürfte. Für etwa schon verkaufte Schiffe und Ladungen wird der Werth ersetzt, indessen haben, nach eingezogenen Erkundigungen, Verkäufe von Schiffen gar nicht, Verkäufe von Ladungen dagegen allenfalls nur insofern stattgefunden, als solche bei längerer Aufbewahrung der Verderbniß ausgesetzt gewesen sein würden. Die Herausgabe der Schiffe und Ladungen wird dieses Jahr, in Gemäßheit einer mit der dänischen Regierung getroffenen Verabredung, ohne alle Berechnung von Gebühren, Unkosten u. s. w. erfolgen.

Als Gegenleistung für die Herausgabe der Schiffe und Ladungen findet preußischer- und deutscherseits die Erstattung der, soviel bekannt, gar nicht oder nur in sehr geringem Umfange in Jütland erhobenen baaren Geldkontributionen, sowie des Werthes einer Anzahl der daselbst für die Armee requirirten Pferde statt, wogegen der sehr bedeutende, durch die Verpflegung und den Unterhalt der Armee in Jütland verursachte und für den vorjährigen Feldzug vergütete Aufwand in diesem Jahre nicht zur Erstattung kommt.

Was endlich die *Form* des abgeschlossenen Vertrages betrifft, so hat Preußen, da es ein Mandat zur Unterhandlung im Namen Deutschlands nicht besaß, wie solches bei dem augenblicklichen Mangel eines Organs des deutschen Bundes auch nicht zu beschaffen war, die Ertheilung von Spezial-Vollmachten aber von Seiten der einzelnen deutschen Regierungen auch vielleicht hin und wieder auf formelle Schwierigkeiten und Bedenken gestoßen wäre, lediglich in seinem eigenen Namen den Vertrag unterzeichnen können und sich darauf beschränken müssen, den übrigen deutschen Regierungen, welche einen thätigen Antheil an dem Kriege genommen haben, den Beitritt zu demselben vorzubehalten.

Indem wir schließlich nochmals das folgenreiche Ergebniß einer Unterhandlung überschauen, die nach Form

und Inhalt mit zahlreichen und großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, glauben wir, die zuversichtliche Erwartung aussprechen zu dürfen, daß alle wahrhaften Patrioten es der königlichen Regierung Dank wissen werden, auf eine ehrenvolle, die zukünftige Wohlfahrt und Unabhängigkeit der Herzogthümer Schleswig und Holstein vollkommen sicherstellende Weise einen Krieg, wenn auch nur vorläufig, beendigt zu haben, der die besten Kräfte des Landes nutzlos verzehrte, den Handelsverkehr und damit den Wohlstand ganzer Provinzen mit völligem Ruin bedrohte und überall störend und hemmend in die Entwickelung der Politik des preußischen Kabinets eingriff, welches zum raschen und energischen Vorschreiten auf der von ihm betretenen Bahn zur Erreichung nationaler Einigung und Größe mehr als jemals fest entschlossen ist.

C. C. **Berlin**, 19. Juli. [Die Disziplinargesetze.] Wäre durch die neuen Disziplinargesetze den Ministern eine irgend willkürliche Gewalt über die Beamten in die Hände gegeben, so würde sich Niemand heftiger dagegen erklären, als wir. Es giebt allerdings Stimmen, welche glauben, in konstitutionellen Staaten müsse der Diskretion der Minister die außerordentliche Gewalt beigelegt werden, die Staatsdiener beliebig anzustellen, zu befördern, zurückzusetzen, zu versetzen und ohne Angabe des Grundes zu pensioniren oder zu entlassen. Man führt als Grund hierfür die Nothwendigkeit einer strengeren Handhabung der Disziplin bei der Verantwortlichkeit der Minister, und die Nothwendigkeit eines Gegengewichtes gegen die konstitutionelle Freiheit in der Volksvertretung an. Auch verweist man wohl auf das Beispiel von England und Frankreich. Es waren dies, wenn wir nicht irren, auch ungefähr die Gedanken eines der nachmärzlichen preußischen Ministerien, dessen Dauer glücklicher Weise dem Uebermaaß konstitutioneller Freiheit selbst eher erlag, ehe ihm vergönnt war, diese beglükkenden Principien zur Geltung zu bringen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß das konstitutionelle System darum so viele Anhänger zählt, weil es als der einzige Weg erscheint, ohne die Vorzüge der Monarchie aufzugeben, die Möglichkeit einer willkürlichen Handhabung der Staatsgewalt durch garantirte Verfassungs- und Rechtsformen zu bannen, und dann am glücklichsten gelöst erscheint, wenn überall an Stelle willkürlicher Gewalt ein fester gesetzlicher Zustand tritt, so muß es als der größte Widerspruch des konstitutionellen Systems in die Augen springen, einen großen und offenbar den intelligenteren Theil der Bevölkerung von dieser Rechtssicherheit auszuschließen. Man begegnet zwar dem Einwande, daß, wenn das Gesetz die Festsetzung trifft, daß den Ministern die Bestimmung über die Verwaltungsbeamten lediglich in die Hand gegeben sei, der ohne Grund entlassene Beamte sich nicht beschweren könne, daß man ihn gesetzwidrig behandele, da es der Beamten freien Entschluß in Zukunft überlassen bleibe, in ein solches Verhältniß überhaupt noch einzutreten, oder nicht. Allein das heißt doch nur die Willkür aus der Hand der Regierungsgewalt in die Gesetzgebung selbst hineintragen, und dasjenige, was man hat vermeiden wollen, durch die Gesetze selbst nur um so fester gründen. Wir nehmen keinen Anstand, einen solchen Grundsatz in der Gesetzgebung geradehin als contra bones mores zu bezeichnen, weil er die Demoralisation des gebildetsten Theils der Nation zur nothwendigen Folge hat. Was man in Gesinde-Ordnungen auszusprechen mit Recht Bedenken trägt, die willkürliche Entlassung durch den Dienstherrn, sollte im Staatsdienst zur Regel werden! Der Staatsdienst wird überall, wegen des Einflusses, welchen er gewährt, wegen der Ehre, welche sich aus diesem Grunde an ihn knüpft, wegen der größeren Gelegenheit, welche er der Bildung und dem Talente bietet, sich Geltung zu verschaffen, überall und zu allen Zeiten einen so starken Reiz üben, daß es an Personen niemals, auch unter der ungünstigsten Gesetzgebung nicht, fehlen wird, welche sich ihm ausschließlich widmen werden. Es hieße aber offenbar edelste Motive mißbrauchen, wollte man mit Rücksicht auf jenen Reiz zum Staatsdienst, Bedingungen an den Eintritt knüpfen, welche mit den Begriffen von Ehre, Recht und Rechtssicherheit auf das Grellste kontrastiren. — Das Beispiel von Frankreich und England wird Niemand des Ernstes für unsere Zustände anführen wollen. Wenn in Frankreich der Minister bei seinem Eintritt jedesmal das ganze Heer der Beamten absetzte, und seine Kreaturen an die Stelle brachte, so mußte natürlich der Nachfolger wieder die Kreaturen des Vorgängers entfernen. Ob dies ein Glück für die Nation ein Glück für die Regierung ist, welche in den abgesetzten Beamten jedesmal eine eben so große Zahl erklärter Gegner, und in den neuen Beamten nur Kreaturen erhält, die genöthigt sind, nach der Windfahne der nächstens neu auftauchenden Macht hinzublicken, und nur durch ehrwidrige Mittel noch hoffen können, ihr unsicheres Schicksal einigermaßen vor plötzlichem Mißgeschicke zu sichern: — das, meinen wir, sollte nicht schwer zu beantworten sein. Wir unseres Theils messen gerade diesem Umstande einen wesentlichen Antheil an dem Sturze der Monarchie und der in Folge und bei Gelegenheit desselben in Frankreich zu Tage getretenen Demoralisation bei. Ein solches Beispiel kann daher nur ein warnendes sein. — Das Beispiel von England paßt gar nicht. Der größte Theil des Staatsdienstes, der bei uns durch besoldete Beamte versehen wird, liegt dort in den Händen unbesoldeter Männer. Wenn diese beim Abtreten eines Ministeriums ihren Posten ebenfalls aufgeben, so ist dieß, wie ihr Eintritt, allerdings meistens ein Akt freiwilligen Entschlusses, der keinerlei moralischen Zwang erleidet, weil die Existenz nirgends an das Amt geknüpft ist. Schafft man bei uns erst eine solche Aristckratie in der Gesetzgebung, wie in der Verwaltung, dann wird man nicht zu besorgen haben, daß unnöthig Personen in ihren Aemtern verbleiben, von deren Beistand, beim Wechsel des Regierungs-Systems, man keinen Gebrauch mehr machen zu können glaubt. — Bei richterlichen Beamten ist überdieß, weder in Frankreich noch in England, willkürliche Absetzung oder Pensionirung durch den Minister üblich gewesen. — Wollte man die Existenz willkürlich zu entlassender Beamten wenigstens dadurch sicher zu stellen suchen, daß man ihnen Pensionen oder Wartegelder bewilligt, so müßte man Namens der Staatskasse und der Steuerpflichtigen dagegen Einspruch erheben. Gelegenheit macht Diebe, und es sollte uns wundern, wenn ein Minister, welcher verfassungsmäßig das Recht erhält, die Beamten seines Ressorts willkürlich zu entlassen, sich in dieser Befugniß selbst unbequeme Schranken anlegen sollte. Bei einem ausgedehnten Gebrauche dieses Rechtes, oder bei einem schnellen Wechsel der Minister könnte es sich aber eines Tages leicht ereignen, daß die Gesammtzahl der Pensions-Empfänger nicht viel hinter der Zahl der Steuerpflichtigen selbst zurückbliebe. Die Zahl der, mit Bewilligung von Wartegeldern, nach dem Ermessen des Staatsministeriums, zeitweise ihrer Funktionen zu enthebenden Beamten kann deshalb immer nur eine kleine sein, und muß auf diejenigen beschränkt bleiben, deren amtliche Funktionen in so unmittelbarem Zusammenhange mit den jedesmaligen politischen Grundsätzen des Ministeriums stehen, und auf einem solchen Grad von besonderem Vertrauen in ihre Personen beruhen, daß ihr Verbleiben im Amte geradehin als ein Hinderniß für die Durchführung der Regierungsgrundsätze betrachtet werden müßte. — Wenn es für eine ausgemachte Sache gelten kann, daß die preußischen Beamten unter dem absoluten System sich eines hohen Grades von Rechtssicherheit erfreuten, ein Umstand, welcher nicht wenig dazu beigetragen hat, dem preußischen Beamtenstande in seiner Allgemeinheit den Ruf hoher Ehrenhaftigkeit zu verschaffen und zu erhalten, so wird es ein Leichtes sein, durch eine Vergleichung der bisherigen Gesetzgebung mit den Bestimmungen der jüngst erlassenen Verordnungen nachzuweisen, daß jene Rechtssicherheit durch die neueste Gesetzgebung um nichts geschmälert worden ist. Wenn einige materielle Bestimmungen hinzugetreten sind, wodurch unter gewissen Umständen auch das amtliche und außeramtliche politische Verhalten eines Beamten als unvereinbar mit den Pflichten des Dienstes charakterisirt wird, wozu unter dem früheren Regierungssysteme keine Veranlassung vorlag und kein Bedürfniß obwaltete, so kann in der Form des Verfahrens nur eine um so größere Garantie dafür gefunden werden, daß die Beurtheilung, ob ein solches strafbares Verhalten vorliegt, nicht dem bloßen einseitigen Ermessen des Vorgesetzten oder des Ministers überlassen bleibt. Und in der That durch die Form des neuen Disziplinar-Verfahrens hat, was wenigstens die Verwaltungs-Beamten betrifft, deren Rechtssicherheit eher gewonnen, als verloren.

C. B. **Berlin**, 19. Juli. [Rußland als Vermittler zwischen Preußen und Oesterreich. — Manteuffel als design. Minister des Auswärtigen. — Vermischte Nachrichten.] Der in Aussicht gestellte Besuch des Kaisers von Rußland bei unserm Hofe dürfte leicht einen bedeutenden polit. Einfluß haben und zwar möchte sich dieser Einfluß zunächst in der deutschen Frage geltend machen. Die Stellung Preußens und Oesterreichs zu einander giebt dem alten Aliirten dieser Staaten ein gewisses Recht, eine Vermittelung zu versuchen. Ist Rußland, und dies ist aus vielen Gründen anzunehmen, ernstlich gesonnen, zwischen Oesterreich und Preußen zu vermitteln, so würde das Kabinet von St. Petersburg, bei der Entscheidung, die es in Bezug auf die ungarische Frage ausüben kann, im Stande sein, das Ministerium Schwarzenberg zum Nachgeben zu veranlassen. — Rußland scheint übrigens bemüht, ein freundschaftliches Verhältniß mit Preußen herzustellen, wenigstens hat es sich in der dänisch-schleswigschen Angelegenheit der preußischen Politik nützlich zu machen gesucht. Der Attaché bei der russischen Gesandtschaft in Kopenhagen, v. Wriszbeski, hat für den Abschluß des Waffenstillstandes fast eben so eifrig gewirkt, als Graf Westmorland hier. — Die zu erwartende Ernennung des gegenwärtigen Ministers des Innern, Hrn. v. Manteuffel, zum Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten würde aber andererseits einen Mann zum Träger der auswärtigen Verhältnisse machen, der, ein entschiedener Gegner der jetzigen österreichischen Politik, nie den Rath zur Nachgiebigkeit gegen Oesterreich, so weit diese durch ein Verlassen der Umrisse der Drei-Königs-Verfassung bedingt sein würde, ertheilen könnte. Herr von Manteuffel ist hierzu zu preußisch gesinnt und gerade hierin ein Hauptgegner der gestern näher von uns charakterisirten Gerlachschen Partei. — In Oesterreich wollte man einer Fabrikation falscher österreichischer Banknoten auf die Spur gekommen sein, die in Berlin ihren Sitz habe oder doch von hier aus die Verbreitung ihrer Fabrikate bewirke. Ein österreichischer Polizeibeamte kam vor einigen Tagen hier an, um geeignete Schritte zur Entdeckung der Fälscher zu thun. In Begleitung eines Beamten der diesseitigen Kriminalpolizei verfügte derselbe sich in das Komptoir eines hiesigen sehr geachteten Banquierhauses, durch welches falsche Noten nach Wien gelangt sein sollten. Dies Faktum soll sich in der That bestätigt haben, jedoch mit der Maßgabe, daß die Versendung einiger falscher Noten durch das bezeichnete Haus, ohne daß dieses die geringste Kenntniß von der Falschheit der Papiere gehabt hatte, erfolgt ist. Die falschen Stücke sind so geschickt nachgeahmt, daß es dem geübtesten Kenner unmöglich ist, sie von den ächten zu unterscheiden. Der Beamte selbst erkannte dies an, machte jedoch darauf aufmerksam, daß in den falschen Stücken das Wort „unverfälscht" ohne Punkte über dem a ist. Sonderbar, daß gerade bei diesem Worte die Fälschung erkannt wird. — Der Finanzminister hat die Berliner Grundbesitzer, die sich wegen Abhülfe ihrer Hypothekennoth an denselben wandten, an den König gewiesen. Vom König an den Grafen Brandenburg verwiesen, wurden sie von diesem auf die Kammern vertröstet. — Von Neuem wird versichert, daß man damit umgehe, die Schweiz militärisch zu cerniren. — Außer den gestern bereits genannten Dr. Veit und Justizrath Geppert sollen u. A. auch Minister v. Manteuffel, Prof. Keller und Fabrikbesitzer Dannenberger (zeitheriges Mitglied der 1. Kammer) als Kandidaten für die Deputirtenwahlen in Berlin aufgestellt werden.

A. Z. C. **Berlin**, 19. Juli. [Tagesbericht.] In militärischen Kreisen will man wissen, daß der Abschluß eines definitiven Friedens mit Dänemark ebenfalls sehr nahe sei und früher erfolgen werde, als man erwartete. — Der Sohn des Prinzen Johann v. Sachsen, welcher bekanntlich an dem Kampfe der deutschen Reichsarmee gegen die Dänen Theil nahm, ist gestern Abend vom Kriegsschauplatze hier eingetroffen, und sogleich zur königl. Familie nach Charlottenburg gefahren, welche daselbst ebenfalls gestern Abend angelangt war, um den heutigen Sterbetag der vor 39 Jahren geschiedenen Königin Louise dort in stiller Zurückgezogenheit zu verleben. — Unsere, gestern der Wahlen wegen ausgebliebene Zeitungen, beschäftigen sich heute fast sämmtlich mit der Besprechung der Ergebnisse derselben. Die Voßsche und Spenersche brechen in ein lautes Jubelgeschrei aus, und erachten es als unzweifelhaft, daß die Majorität gesiegt habe. Die Reform scheint derselben Ansicht, mäßigt sich jedoch in ihrer Siegesfreude. Die Kreuz-Zeitung nimmt von dem ganzen Vorgange wenig Notiz und scheint ihn in einer absolutistischen Anwandlung am liebsten ignoriren zu wollen. Die National-Zeitung begnügt sich einfach, die Zahlenverhältnisse der Gewählthabenden und Ausgebliebenen aus einer Reihe von Bezirken mitzutheilen, wonach überall mehr oder weniger bedeutende Minoritätswahlen statthatten. — Im Publikum beschäftigt man sich heute schon damit, die muthmaßlichen Namen der Abgeordneten festzustellen. An der Börse besonders kursirten die Namen v. Beckerath, Mevissen, Saucken, Vincke, jedoch auch Professor Huber, Professor Keller, v. Kleist-Reetzow u. A. — In hiesigen ultra-reaktionären Kreisen spukt es bereits von einer Adresse, in welcher der Wunsch ausgesprochen werden soll, die Regierung möge die Verfassung auf den Zeitraum von fünf Jahren suspendiren. Diese Ultra's wollen das Nichtwählen dahin ausbeuten, daß die Nichtwählenden gar keine Verfassung wollten. Inzwischen möchte diese Machination an den Absichten der Regierung scheitern. — Das seit Jahren vorbereitete, im Thiergarten zu errichtende Denkmal zum Andenken an den verstorbenen König ist endlich so weit gediehen, daß hoffentlich am 3. August, als am Geburtstage des Verstorbenen, der Grundstein dazu gelegt werden kann. — Nach einer der heutigen deutschen Reform vorgesetzten Erklärung legt der bisherige Redakteur derselben Herr Graßmann mit diesem Tage sein Amt nieder. Man erzählte an der Börse, die auch von uns gerügte Zeitungsnote wegen der Abreise des dänischen Bevollmächtigten sei der Grund, indeß könnte derselbe wohl auch tiefer liegen. Mancherlei Symptome, wie z. B. die beiden leitenden Artikel, von dem der eine im Abendblatt eine russische Kriegserklärung in Aussicht stellte, der andere im Morgenblatt sie wie-

derrief, zeigen auf widerstreitende Einflüsse hin, denen Herr Graßmann vielleicht am gerathensten hielt, durch Abdikation sich ganz zu entziehen. Jedenfalls wird der Redakteur dieses Blattes immer eine sehr schwierige Stellung haben. — Cholera. Bis zum 18. Juli waren als erkrankt gemeldet 1058 Personen, Zugang bis heute Mittag 78, Summa 1136. Davon sind genesen 169, gestorben 671, in der Behandlung verblieben 296.

C. C. **Berlin**, 19. Juli. [Der Prinz von Preußen. General Brese. Der Treubund.] In Berlin hat sich ein Komité gebildet, bestehend aus den Herren Oberstlieutenant Fritsch, Meroni, Tack und Cerf, Behufs Anordnung der Empfangsfeierlichkeiten bei der Rückkehr des Prinzen von Preußen. Wie wir hören, werden sich sämmtliche konservative Vereine hierbei betheiligen, wie auch sämmtliche Gewerke mit ihren Fahnen dabei erscheinen. Der Ertrag des damit verbundenen Konzerts wird zum Besten der in den neuesten Kämpfen invalide gewordenen Militairs oder für die Hinterbliebenen der Gefallenen verwendet. Sämmtliche Musikchöre und Gesang-Vereine Berlins haben ihre Mitwirkung bei dem im Tivoli-Lokale stattfindenden Feste zugesagt; Tableau's und ein außerordentlich großes Feuerwerk werden dasselbe verherrlichen. — Der General Lieutenant Brese, vom Geniewesen, ist nach Baden abgereist, um hinsichtlich der gegen die Festung Rastatt zu ergreifenden Maßregeln ein auf den Augenschein gegründetes Urtheil abzugeben. — Der Treubund zählt jetzt in Berlin beinahe 11,000 Mitglieder.

P. C. [Der Dreikönigs-Entwurf.] Dem Vernehmen nach stehen **nur noch wenige deutsche Staatsregierungen mit den definitiven Erklärungin wegen des Beitritts zu der von den drei Königreichen vorgeschlagenen Reichsverfassung zurück.** Demnach wird binnen kurzer Zeit von dem Verwaltungsrath dieses Staatenvereins an die beitretenden Regierungen die Einladung zu den Vorbereitungen des Reichstags zur Verfassungsrevision ergehen, welcher wahrscheinlich in Berlin abgehalten werden wird.

P. C. [Warnung an die Partei der Gemäßigten.] Nicht unserer Klugheit, sondern den Fehlern der Demokratie verdanken wir die augenblicklichen Vortheile. — Die Führer der Linken sind durch Schaden klug geworden und fangen an, ihre Bewegungen mit Geschick zu leiten; anstatt wie früher, unbesonnen vorzugehen, überlassen sie der Reaktion den An- und die Uebergriffe, damit neu gesäter Unmuth eine günstige Ernte bringe! Wir warnen die Gemäßigten, nicht im Schatten der Gewalt zu schlafen, denn die Reaktion ist kein Gespenst, sondern hat Fleisch und Bein! Wir meinen nicht Herrn v. Bülow-Cummerow und seine Antigrundsteuerligue, sondern die vormärzlichen Eulen, welche den Taubenschlag des österreichischen Gesandten und die Burgen so auffallend fleißig besuchen!! Wir gestehen offen, wir befürchten, daß unser Ministerium des Auswärtigen Oesterreich und Rußland gegenüber Preußen nicht mit der Kraft im deutschen Sinne vertritt, welche wir erwarten dürfen. — Das Ministerium Manteuffel haben wir nach Kräften unterstützt, allein wir sagen uns ab von jenen allbekannten Schatten, deren Umrisse hinter dem Vorhange lauernd im Dämmerlichte erscheinen. — Vorwärts! bleibe die Loosung, deßhalb hoffen wir, daß der Mittelstand bei der Wahl der Abgeordneten seine Schuldigkeit thue. Es gilt, wach zu sein um die 12te Stunde und Uebergriffen nach beiden Seiten entschlossen zu wehren und nicht einzuschlafen, während der rothe Hahn kräht, oder die Reaktion ihr Wiegenlied summt!

Halle, 17. Juli. Ich beeile mich, Ihnen in Kürze über den Ausgang unserer heutigen Wahlen zu berichten. Dieselben sind ohne alle Störung vorübergegangen. Die Anhänger der demokratischen Partei haben sich ohne Ausnahme in allen 22 Bezirken der Stadt der Wahl enthalten. Die Versammlungsräume erschienen dadurch im Vergleich zu den früheren Wahlen allerdings etwas gelichtet. Im Verhältniß zu der Total-Summe der berechtigten Urwähler mag die Zahl der am Wahlakte Theil nehmenden etwa zwei Fünftheile betragen haben, die ihre Wahlmänner dann so ziemlich mit Einstimmigkeit durchbrachten. Es würde übrigens keine falschere Berechnung geben können, als wenn man die Abwesenden etwa sämmtlich auf Rechnung einer demokratischen Gesinnung hätte schreiben wollen. Den besten Beleg dagegen konnte die Namensverlesung geben, wobei sich herausstellte, daß die meisten der Nichtanwesenden dem niedern Handwerker- und Arbeiterstande angehörten, welche nachweisbar durch ihre Geschäfte von dem Erscheinen abgehalten waren.

Aus dem Wupperthal, 17. Juli, Abends. Die Wahlen sind in Elberfeld und Barmen fast durchgängig konstitutionell-konservativ ausgefallen. Die Theilnahme war in Elberfeld, gegen die vorigen Wahlen gehalten, eine geringe. Einen Theil der Schuld hieran trägt der Belagerungszustand. Die Kommandantur erlaubte nur am Vorabend des Wahltages Vorversammlungen „unter gewissen Bedingungen, die von den Unternehmern bei dem Polizei-Inspektor zu erfahren“ waren. Das hat eine einträchtige und zahlreiche Betheiligung verhindert; außerdem hat die Scheu vor der öffentlichen Stimmgabe ꝛc. auch das Ihrige gethan. In Barmen war die Theilnahme eine größere; sie entsprach im Ganzen der früheren.

Münster, 17. Juli. In allen Wahlbezirken der Stadt sind die Wahlen konservativ ausgefallen. In den meisten Wahlbezirken war allerdings nur ein Drittel der Urwähler erschienen; man würde aber irren, wenn man hieraus den Schluß ziehen wollte, daß der größere Theil der Wähler prinzipiell sich des Wahlaktes enthalten hätte.

Düsseldorf, 17. Juli. Der Wahltag ist vorüber, ohne daß die Erwartungen, oder soll ich sagen Befürchtungen, die man hegte, in Erfüllung gegangen wären. Befürchtungen, möchte ich sagen, um deswillen, weil die konstitutionelle Partei wahrscheinlich unterlegen wäre, d. h. hier in Düsseldorf, wenn die Demokraten im letzten Augenblick zur Wahl in starker Zahl erschienen wären, denn die Lauigkeit und Aengstlichkeit, sich als konstitutionell öffentlich zu erklären, ist noch immer zu groß, als daß wir in geschlossener Phalanx der demokratischen Masse hätte entgegentreten können. Aber da lag eben der Grund, warum diese nicht wählten, weil sie wohl einsehen, daß zur Wahl auch sie nicht auf eine sichere Majorität rechnen konnten. In allen Bezirken Düsseldorfs sind sämmtliche von der konstitutionellen Partei vorgeschlagene Kandidaten bis auf kleine Abänderungen durchgekommen und nur einzelne mußten mehr konservativeren Elementen weichen. Im Ganzen war die Theilnahme sehr gering, ja, in zwei Bezirken konnte sogar aus Mangel an Urwählern nicht gewählt werden und wurde heute Nachmittag eine Nachwahl vorgenommen; einzelne Bezirke waren ziemlich stark vertreten, und zwar im Ganzen bis zu einem Viertel der Urwähler, andere Bezirke hatten jedoch nur $1/6$, $1/8$—$1/10$ der eingeschriebenen Urwähler in den Wahl-Lokalen anwesend. Haben nun die Demokraten von Ratingen und Gerresheim in gleicher Weise sich der Wahl enthalten, so fällt die Wahl der 3 zu wählenden Deputirten ganz bestimmt konservativ aus.

Köln, 17. Juli. Die Demokraten und mit ihnen ein sehr großer Theil der Lässigen, die noch nie gewählt, und diejenigen, denen die Wahl des Census wegen keine Garantie für eine gleichmäßige Vertretung bietet, haben Wort gehalten, und sind heute Morgen beim Wahlakt nicht erschienen. Menschenleer waren alle Wahl-Lokale und in keinem einzigen auch nur der dritte Uhrwähler; ja, es ging so weit, daß von 270 Uhrwählern der dritten Klasse nur sechs zur Abgabe ihrer Stimmen zu bewegen waren. So hätten also die Konservativen, die sich an der Wahl betheiligt haben, vollständig gesiegt, da nur Gesinnungsverwandte aus den Wahlen hervorgehen konnten; es hätten aber auch die Demokraten durch die durchgängige Passivität an den Wahlen gesiegt.

Aus Königsberg berichtigt unser Korrespondent seine in der Deutschen Reform gemachte Mittheilung über dortige Wahlumtriebe, (s. gestr. Ztg.) indem sie auf einem Irrthum beruhe. (D. Ref.)

Aus Westpreußen, 13. Juli. Vor Kurzem ist in Culm eine scheußliche Mordthat verübt worden. Zwei Schüler, Söhne des Pförtners des Klosters der barmherzigen Schwestern, hatten, dem Vernehmen nach, aus der Kirche werthvolle Geräthschaften entwendet. Diese boten sie einem Handelsjuden im Klostergarten zum Kaufe an. Als derselbe jedoch nur ein Geringes bot, fürchteten die jungen Bösewichter, der Jude habe Verdacht geschöpft und wolle sie denunciren. Sie überfielen den armen Mann, warfen ihn zu Boden, ermordeten ihn mit einem halbstumpfen Eisen auf eine höchst grausame Weise und nahmen ihm seine Baarschaft ab. Die Verbrecher befinden sich bereits in den Händen der Obrigkeit. — Das jetzt in Danzig stehende mobil gemachte Garde-Landwehr-Bataillon (Graudenz) hat Ordre bekommen, am 17. d. Mts. auszumarschiren. Wohin, ist mir unbekannt. — Nach der Angabe eines höheren Militär-Beamten kann ich die Nachricht in Betreff der Befestigung von Gnesen und Bromberg dahin bestätigen, daß eine solche bei Bromberg wirklich beabsichtigt wird. Es werden sogenannte befestigte Kasernen, also Forts, gebaut werden, zwei auf der die Stadt beherrschenden Höhe, „Giese's Vorwerk“ und „Wißmann's Ruh“ genannt, und zwei kleinere in der Ebene. Zum Bau der Ostbahn sind vor ganz kurzer Zeit wieder 100,000 Thaler vom Ministerium angewiesen worden. (Konst. Z.)

Tilsit, 13. Juli. Bei der am gestrigen Tage stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten zur ersten Kammer für den Tilsit-Ragnit-Heydekrug-Niederunger Wahlkreis in Stelle des Fürsten von Solms, der das Mandat nicht angenommen, ist die Wahl auf den Regierungsrath v. Unruh mit 5 Stimmen gegen 3 gefallen. (T. W.)

Jarocin, 16. Juli. Wie sehr der Verkehr mit Russisch-Polen erschwert wird, geht aus dem nachstehenden, vom königlich preußischen General-Konsulate zu Warschau unterm 11. d. M. einer Behörde im Pleschener Kreise zugekommenen Schreiben hervor: „Gleich nach Empfang des geehrten Schreibens vom 12. März d. J. habe ich die nöthigen Schritte bei der diplomatischen Kanzlei des Fürsten von Warschau gethan, damit die resp. kaiserlich-russische Mission in Preußen ermächtigt werde, den für den F. D. und seine Familie ausgestellten Paß zur Reise nach dem Königreich Polen zu visiren. Die obgedachte diplomatische Kanzlei giebt dergleichen Anträge an die resp. innern Verwaltungsbehörden ab, welche nach Einziehung der nöthigen Erkundigungen dem Fürsten von Warschau darüber Vortrag halten, wonächst das kgl. General-Konsulat durch die diplomatische Kanzlei von der Entscheidung des Fürsten in Kenntniß gesetzt wird. In der Regel vergehen, ungeachtet aller Bemühungen und wiederholter Erinnerungen von Seiten des königlichen General-Konsulats, durch den Aufenthalt, welchen dergleichen Gesuche in den verschiedenen Bureaus hierselbst erleiden, so wie durch die anzustellenden Rückfragen über das frühere politische Verhalten der Antragsteller 6 bis 8 Wochen, in einzelnen Fällen aber sogar 3 bis 4 Monate. (Pos. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 17. Juli. Die O. P. A. Z. meldet im amtlichen Theile:

„Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser haben an den Oberbefehlshaber der Reichstruppen in dem Großherzogthum Baden, General-Lieutenant v. Peucker, zur Anerkennung ihrer ausgezeichneten Führung, ihrer Tapferkeit und brüderlichen Eintracht nachstehendes Handschreiben erlassen:

An das Korps Reichstruppen unter Befehl des General-Lieutenants v. Peucker.

Das tapfere Korps Reichstruppen unter der ausgezeichneten Führung des Reichsgenerals, des königl. preuß. General-Lieutenants v. Peucker, hat in Verbindung mit den braven königl. preuß. Truppen unter Kommando Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen den Aufstand im Großherzogthum Baden siegreich bekämpft und die Schaaren der gegen Recht und Gesetz verschworenen Feinde des Volkes niedergeworfen. Ich fühle mich glücklich, sämmtlichen Truppen, welche an diesem Kampfe Theil genommen, den Dank des Vaterlandes und den meinigen hierdurch auszudrücken. Kräftige Ausdauer bei großen Anstrengungen, unerschütterlicher Muth in allen Gefechten, Mannszucht und Festhalten an Treue, Ehre und Pflicht sichern diesen braven Truppen ein ehrenvolles Denkmal in der Geschichte deutscher Heere. Die großherzoglich hessischen Truppen, successive verstärkt durch zwei königl. würtembergische und zwei nassauische Bataillone, waren es, welche zuerst unter Kommando des großherzogl. hessischen Generalmajors Schäffer von Bernstein dem sehr überlegenen Feinde die Spitze zu bieten hatten. Nur der guten Führung dieses Generals und dem entwickelten Muthe der Truppen konnte es gelingen, dem Ueberfluthen der Empörung einen Damm entgegenzustellen, und die hessische Gränze gegen dieselbe zu sichern. Eine großherzoglich mecklenburgische Brigade wurde der kombinirten Division des Generalmajors Schäffer von Bernstein zur Unterstützung gesendet, und nahm mit Auszeichnung Theil an dem ungleichen Kampfe. Die an Zahl überlegene gegnerische Artillerie erschwerte die Aufgabe, kostete manches Opfer, konnte aber den Muth der Truppen nie erschüttern. Sobald das Heranrücken königl. preußischer Truppen dies möglich machte, wurden die mobilen in und bei Frankfurt konzentrirten Reichstruppen unter Befehl des großherzogl. hessischen Generalmajors v. Bechtold an die hessisch-badische Gränze gesendet, um mit der daselbst im Kampfe begriffenen Division vereint das Reichskorps zu bilden, über welches der General-Lieutenant v. Peucker den Oberbefehl übernahm. Durch den Anmarsch zweier königl. preußischen Armeekorps wurde das bisher bestandene numerische Mißverhältniß ausgeglichen, und daher zum Angriffe übergegangen, welcher die Truppen von Sieg zu Sieg führte. Wenn ich auf der einen Seite stolz bin auf das, was die Truppen leisteten, und auf die innige Verbrüderung, welche sich bei ihnen durch alle Stämme bewahrheitete, so erfüllt mich auf der andern Seite die tiefste Trauer, indem ich die Verblendung ins Auge fasse, welche uns nöthigte, deutsche Waffen gegen Deutsche zu gebrauchen. Möge die Vorsehung unser großes herrliches Vaterland vor ähnlichem Unglücke, vor jeder Zwietracht bewahren, auf daß die deutsche Kraft durch Einigkeit, Recht und Gesetz den höchsten Glanzpunkt erreiche.

Gastein, den 11. Juli 1849.

Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann.
Der Reichsminister (gez.) A. Jochmus.

Was für ein Glück war es, daß Herr Jochmus den Reichsverweser nach Gastein begleitete! Ohne diese Begleitung hätte der Erlaß nicht kontrasignirt werden können, in welchem der Reichsverweser dem Reichskorps in Baden seine Anerkennung zollt. Gewiß, ich will diese Anerkennung, welche dasselbe in vollem Maße verdient, nicht schmälern. Die hessischen Truppen vor allen Dingen sind es gewesen, welche, allen Verführungen zum Trotz, ihrem Fürsten und ihrem Eide treu blieben und der heranfluthenden Anarchie einen Damm entgegensetzten, an welchem sich die ganze Kraft des Aufruhrs brach; die Mecklenburger haben auf ihre Feinde geschlagen, wie eben nur die Mecklenburger schlagen können; kurz, alle die Truppen, mit sehr wenigen Ausnahmen — ich erinnere an das Gefecht von Oos, in dessen Folge die nassauer und sigmaringer Bataillone vom Korps entfernt wurden — haben vollständig ihre Pflicht gethan. Aber es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn neben den „tapfern“ Reichstruppen nur ganz beiläufig auch der „braven“ königl.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 167 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 21. Juli 1849.

(Fortsetzung.)

preußischen Truppen erwähnt wird, so beiläufig, daß, wenn man nicht aus andern ziemlich sichern Quellen wüßte, daß zwei ganze preußische Armeekorps im Felde standen, man glauben möchte, das sogenannte Reichs-Korps allein habe die blutige Aufgabe gelöst. — Sonst ist aus Baden wenig zu melden. Das Militair ist, nachdem der Kampf als beendigt zu betrachten, gegenwärtig vorzugsweise beschäftigt, die strengsten Nachsuchungen nach Waffen und Munition anzustellen; alles der Art Vorgefundene wird in Beschlag genommen und ist der An- und Verkauf von Waffen, Pulver, Schießbaumwolle, Blei und Zündhütchen ohne Ausnahme untersagt. Die Verpflegung der Truppen ist endlich zufriedenstellend geordnet; der Quartiergeber hat jedem einquartirten Soldaten Frühstück, Mittagessen und Abendbrot, außerdem im Laufe des Tages ein Maß Bier oder je am Mittag und am Abend einen Schoppen Wein zu verabreichen. Das Benehmen der Truppen wird als musterhaft gerühmt. — Das gute Einverständniß mit den schweizer Gränzbehörden ist noch immer dasselbe, doch droht die an dieselbe gestellte Forderung der Auslieferung der Geschütze, Gewehre und Pferde der übergetretenen Truppen eine Verwickelung herbeizuführen. Von badischer Seite wird die Auslieferung ohne Bedingung verlangt, während die Schweiz geneigt sein soll, eine Genugthuung für Aufstellung der Gränzbewachung zu machen. Man darf indeß bei gutem Willen von beiden Seiten der friedlichen Erledigung dieser denn doch sehr untergeordneten Angelegenheiten entgegensehen. (D. Ref.)

Kuppenheim, 15. Juli. Heute wurde in 2 Lagern der preußischen Belagerungskorps vor Rastatt Gottesdienst abgehalten, an welchem alle Militairs Theil nahmen, die nicht durch den Dienst gegen die Festung in Anspruch genommen waren, ohne daß eine Störung Seitens der Belagerten eingetroffen wäre. Zugleich ging die Meldung ein, daß der Belagerungstrain zu Wasser von Koblenz in Mannheim eintreffen würde. — Ein aus der Festung entwichener, bei den diesseitigen Vorposten angehaltener und nach Iffezheim geleiteter Flüchtling, Namens Melchior Kleinhaus aus Heddersheim, Korporal, hat über die Zustände innerhalb der Festung folgende Aussagen gemacht: Bis etwa vor 8 Tagen führte ein gewisser Tiedemann das Kommando in Rastatt, jetzt befehligt der frühere badische Major v. Biedenfeld, in Gemeinschaft mit einem gewesenen preußischen Offiziere, dessen Name mir jedoch unbekannt ist. Die Stärke der Garnisou betrug etwa 6—7000 Mann. Von diesen sind ungefähr 4000 Mann Infanteristen aus allen badischen Regimentern, 60—70 badische Dragoner, 4—500 Artilleristen, der Rest Freischaaren. Von den letzteren gehört nur der kleinere Theil der Volkswehr an, der größere sind Polen und Schweizer. Die Garnison ist in den Kasematten untergebracht, doch kaserniren die Truppen nicht abtheiluugsweise, sondern nach Gutdünken der Einzelnen. Eben so befinden sich die Bewohner der Stadt in den Kasematten, nur ein Theil derselben, zum Löschen bestimmt, verweilt in den Straßen. Das bewegliche Eigenthum der Einwohner ist ebenfalls in den bombenfesten Räumen untergebracht. Abends halb 9 Uhr geschehen zwei Retraiteschüsse, und 1/4 Stunde später darf Niemand mehr die Straße betreten. Von dieser Zeit an gehen Patrouillen von den Wachen aus. Letztere werden größtentheils von den Freischärlern bezogen, und zwar geschieht die Ablösung an jedem Mittage um 12 Uhr. Der Paradeplatz ist am Rathhause. Ich schätze die Mannschaft, welche täglich auf Wache zieht, auf etwa 300 Mann; auf jede Thorwache wird ein Pionnier kommandirt, welcher das Oeffnen und Schließen des Thores zu besorgen hat. Bei entstandenem Allarm sammelt sich die Mannschaft des 2ten Regiments im Fort 6, (der Thurm Nr. 11 ist von diesem Regimente besetzt), die Reiterei bei der Stadtkirche, das 3te Regiment im Fort Leopold, die übrigen Allarmplätze kenne ich nicht. Vom 1. und 2. Regiment sind je zwei Bataillone, vom 3ten drei Bataillone anwesend, jedoch in bei Weitem nicht kompletter Stärke. Auf den Wällen sind über 100 Geschütze aufgefahren, namentlich ist die Batterie am unteren Anschluß gegen die Rheinau zu stark besetzt. Es stehen daselbst 7 Geschütze, von denen aber nur 2 die Rheinauer Brücke unmittelbar bestreichen. Die Artilleristen sind beständig bei ihren Geschützen; das Essen wird ihnen auf die Wälle gebracht.

Konstanz, 14. Juli. Hier am Bodensee geschehen wunderliche Dinge; kaum war General v. Flottow in Ueberlingen eingerückt, so gab er auch wieder Ordre zum Rückmarsch, und ist, wie man heute behauptet, bereits wieder jenseits der badischen Gränze. Der Befehl hierzu soll von Donaueschingen gekommen und die Schwierigkeit der Verpflegung der baierischen Truppen als Grund desselben angegeben sein. (Frank. Z.)

Heidelberg, 15. Juli. Wie in Rheinbaiern selbst, so rücken jetzt auch in den badischen Seekreis baierische Truppen ein, nachdem alles gethan und der ganze revolutionäre Spuk durch die Preußen weggefegt ist. Das Hinterherkommen dieser „Großmacht" giebt Veranlassung zu allerlei Volkswitzen, die an Eleganz den berühmtesten des alten Blücher nicht nachstehen. Von Rastatt nichts Neues; aber man glaubt, auch dort werde im Laufe dieser Woche eine entscheidende Wendung eintreten. (Deutsche Z.)

Stuttgart, 16. Juli. Trotzdem, daß öffentliche Blätter berichten, Staatsrath Römer sei in der deutschen Angelegenheit nach München gereist, so können wir unsere frühere Behauptung doch nur und zwar um so sicherer wiederholen, als sie auf einer neueren Erkundigung beruht. Römer ist nicht nach München gereist, obgleich es richtig sein mag, daß er sich mit dem Münchener Kabinette in einen lebhaften diplomatischen Verkehr gesetzt hat. In hiesigen politischen Kreisen weiß man aber noch durchaus nichts Genaues und Sicheres, ob und wieweit dieser Notenwechsel zu einem Resultate geführt hat, und eben aus diesem Umstande schließen Sachverständige, vielleicht nicht mit Unrecht, daß noch keinerlei Resultat erreicht ist, zu welchem Schlusse sie sich um so mehr berechtigt glauben, als im entgegengesetzten Falle Etwas, auch wohl Alles verlautbar geworden wäre, da Römer, der Sage nach, kein Geheimniß bewahren kann, oder, wie Andere sich ausdrücken, er laut denke. — Mit der süddeutschen Liga scheint es daher noch weit im Felde zu sein, und wenn man die Ankunft eines hohen diplomatischen Gastes mit der deutschen Sache in Verbindung bringen darf, so möchte sich dieselbe immer mehr zu einem Nebelbilde umgestalten. Der ehemalige englische Akkreditirte bei der Centralgewalt und Freund Gagerns nämlich, Lord Cowley, ist hier angelangt, welcher Besuch die Freunde des süddeutschen Separatbundes mit Besorgniß erfüllt, denn Cowley ist, insofern er überhaupt von einem deutschen Reiche etwas hält, der Suprematie Preußens entschieden zugethan. — Wegen des letzten Militärexzesses in einem Bierlokale sind 30 Soldaten in Untersuchung und Haft genommen worden. Es tieffen jetzt hier Deputationen über Deputationen ein, um den Ministern Deputirtenstellen anzubieten. Dieselben kommen meistens aus ultrademokratischen Gegenden, wie dem Schwarzwalde, woraus hervorgeht, daß der Umschlag der badischen Verhältnisse auch auf unsere Rothen konstitutionell eingewirkt hat. Da die Demokraten und Liberalen besonders gehen, so hat die ultramontane Partei, die plötzlich sehr regsam wird, das leichteste und beste Spiel. — Von hier ist bereits Mancher nach dem Badischen gereist, um, wie man sich ausdrückt, die „schönen" preußischen Soldaten zu sehen. Am meisten „Furore" machen die rothen Husaren. (D. Ref.)

München, 16. Juli. [Zur baierschen Politik in der deutschen Frage.] Die Rückkehr des Königs Max und der Königin Marie ist wiederum verzögert worden; dieselben kehren erst heute Abend 9 Uhr von Landshut aus hierher zurück. — Endlich bricht das Hofblatt sein beredtes Schweigen in der deutschen Sache; unter der Rubrik: „Baierns Haltung in der deutschen Frage," brachte es gestern einen einleitenden Aufsatz, in welchem öffentlich deklarirt wird: Baiern wolle den Bundesstaat, wie ihn das gesammte deutsche Volk seit März 1848 erstrebt, aber nicht den Einheitsstaat. Es ist diese neue Wendung um so befremdender, als erst am Tage der Rückkehr des Premier aus Berlin bereits zugestanden war, man wolle sich die preußische Exekutive, aber auch nur diese gefallen lassen. In dem neuesten Raisonnement heißt es: „Ein solcher Einheitsstaat wäre, weil auf Täuschung oder Willkür beruhend, und dem guten Rechte der einzelnen Glieder, wie der Natur und dem Charakter des deutschen Volkes widersprechend, von vornherein der Lebensfähigkeit beraubt, er könnte nur durchgesetzt werden auf dem Wege der Gewalt, und da die Gewalt als Druck immer den Gegendruck hervorruft, würde er die Quelle unabsehbaren Unheils, wir sagen geradezu der permanenten Revolution werden. Ein solcher Einheitsstaat, in welchem ein Stamm den Vorrang nicht nur, sondern die thatsächliche Herrschaft über alle anderen sich anmaßte (!!) und etwa für eine kurze Zeit erränge, wäre ein Unding, eine Mißgeburt, die den Keim des Todes schon von Anfang an in sich trüge. Und dieser Keim würde unter den Verhältnissen, wie sie nun einmal in Deutschland bestehen, rasch sich entwickeln; der ihm entströmende Gifthauch des Verderbens würde wahrscheinlich gerade denjenigen Theil zuerst vernichten, der vorzugsweise die Früchte der Pflanze pflücken und genießen zu können meinte. Wenn daher die bairische Regierung der Idee eines solchen Einheitsstaates, wo immer und in welcher Gestalt oder auch unter welchem Deckmantel sie auftreten mochte und mag, entgegenwirkt, wenn sie die Bestrebungen zur Verwirklichung desselben auf gradem oder krummen Wege, gleichviel ob sie von Frankfurt oder Berlin ausgehen, mit aller Kraft bekämpft, wenn sie endlich nie und nimmermehr ihre Zustimmung giebt, daß die Gründung dieses sogenannten Einheitsstaates vollends mit der Zerstückelung Deutschlands durch Losreißung Oesterreichs beginne, so handelt sie nicht blos im richtig verstandenen Interesse Baierns (?) sondern von ganz Deutschland (?)" Mit dieser runden ehrlichen Sprache wird Deutschland zufriedener sein, als mit den geheimen diplomatischen Zettelungen; es weiß nun, wenn obige Grundsätze feststehen, was es ein für allemal von Baiern zu erwarten hat. Was die Drohungen gegen Preußen, bezüglich seiner Auflösung, seines Unterganges anbelangt, so können und werden wir das ruhig abwarten. Man droht mit einem Südbunde, und in der gestrigen Allgemeinen Zeitung lesen wir aus Niederbaiern die Möglichkeit eines Zollanschlusses an Oesterreich. Auch durch diese Drohungen wird Preußen sich nicht einen Augenblick einschüchtern lassen. Die Schwaben, Franken, die Pfalz werden auch vor dem Anschluß an Oesterreich ein Wort mitreden; selbst in Altbaiern ist, wenige Fanatiker der Regierung ausgenommen, nirgends auch nur die kleinste Spur von Sympathieen für Oesterreich. Nirgends in Baiern will man die Rückkehr alter Bundeszeiten à la Metternich und Abel, nirgends einen Südbund, sondern die Einheit. Daß dem so sei, darüber hören Sie ein nichts weniger als preußenfreundliches Blatt, das Organ Wallersteins, die Deutsche Konstitutionelle Zeitung von München; sie sagt gestern in ihrem Leitartikel: „Baiern war nicht zum Vermittler (der beiden Großstaaten) geeignet, weil es einestheils sich unter den Einfluß von Oesterreich begeben, also parteiisch war, anderntheils solche positive Vorschläge nicht zu bringen wußte, auf welche hin eine Annäherung, viel weniger eine Verständigung möglich gewesen wäre. Vielmehr spielte Baiern in jener verworrenen, wechselvollen und zweideutigen Rolle, die dasselbe in der deutschen Verfassungsfrage vom Anbeginn übernommen, fort und wornach ihm vor dem Richterstuhl der Geschichte der Vorwurf sicher ist, an dem jetzigen fast trostlosen Zustande Deutschlands eine Hauptschuld zu tragen... Es kann Preußen nicht verargt werden, sondern es gereicht ihm vielmehr zum Lob, wenn dasselbe die Wiederherstellung des alten Bundestages entschieden ausschlägt. Eben so wenig läßt sich Preußen zumuthen, bezüglich der Betheiligung Oesterreichs am deutschen Bundesstaat auf so lange zu warten, bis sich etwa im Verlaufe der Zeit ergeben sollte, daß die Gründung der österreichischen Gesammt-Monarchie unausführbar sei . . . . . . Es wird eine Zeit kommen, wo Baiern für seine Politik bestraft werden wird." — So urtheilen Baiern, die nichts weniger als preußenfreundlich sind, und wir sind deshalb überhoben, die lächerlichen Drohungen gegen Preußen aus unserer Feder zu widerlegen. Wenn es wahr ist, daß die Frankfurter Zeitung nächstens eingeht, daß sie in Frankfurt 150, auswärts 100 Abonnenten gehabt, so ist damit ebenfalls erwiesen, was es mit deren Machtstellung gegen Preußen in Wahrheit auf sich hat. Hier ruft seit Kurzem der großdeutsche Verein zum drittenmal die Volksstimme in Baiern für sich auf, und noch hat keine Seele geantwortet, wir wissen auch nichts von großdeutschen Vereinen außer München, und wie steht es denn mit den großdeutschen Vereinen in Oesterreich, in Hannover, Sachsen, Würtemberg, Baden? Nirgends eine Spur des Großdeutschthums; es wird also in seinen eigenen Prahlereien die benöthigte Satisfaktion finden müssen. Das Wort des Dichters in der Jungfrau von Orleans paßt zuerst auf die Großdeutschen, ehe diese es auf andere anwenden können: „Aus leichten Wünschen bauen sie sich ihre Throne, und nicht im Raume liegt ihr harmlos Reich." — Die hiesige protestantische Gemeinde zählt jetzt fast 20,000 Bekenner. Bei der für die Wahlperiode 1848—1854 in die hiesige protestantische Kirchen-Verwaltung stattgefundenen Neuwahl wurden als Mitglieder die Herren Gustav Schulze, Kaufmann, Juwelier C. Zahn und Baumeister Fischer gewählt, als Ersatzmänner die Herren Kaufmann Groos und Eisenhändlrr Schröder, welche Wahl noch der königlichen Bestätigung unterliegt. (D. Ref.)

Ulm, 15. Juli. [Die baierischen Truppen], welche seit ein paar Wochen von Günzburg bis Neu-Ulm im Quartier lagen, sind jetzt seit einigen Tagen mehr an die Iller hinauf, Memmingen zu, gelegt

worden. Jetzt ist ernstlich davon die Rede, die vertragsmäßige Besatzung für die Reichsfestung herzustellen, und zwar 3000 Oesterreicher und 3000 Würtemberger auf dem linken Donauufer, und 3000 Baiern auf dem rechten. (D. Ref.)

Bad Ems, 10. Juli. Für den Prinzen v. Joinville und die Herzogin v. Orleans sind Wohnungen bestellt. (Bekanntlich weilt daselbst auch die Herzogin v. Bordeaux.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Schleswig, 17. Juli. Die geheime Sitzung, in welcher die Regierung zufolge ihrer, gestrigen Anzeige der Landesversammlung fernere Auskunft über die Lage des Landes ertheilen wollte, hat heute nicht stattgefunden. Dieselbe ist jetzt auf morgen Vormittag 10 Uhr angesetzt. Uebrigens ist Hr. Beseler von seiner Reise nach dem Norden, welche offenbar mit den augenblicklichen Verhältnissen in Zusammenhang gestanden hat, schon gestern Abend zurückgekehrt. — Eine allgemeine Bürgerversammlung, welche hier gestern Abend gehalten wurde, war von 800—900 Menschen besucht. Es ging sehr lebhaft her und man beschloß, bei der Landesversammlung darauf zu dringen, daß ungesäumt die ganze Wehrkraft des Landes aufgeboten werde. (B. H.)

Schleswig, 17. Juli. Es verlautet, daß die preußischen Truppen und die verschiedenen deutschen Reichs-Kontingente, so weit Letztere nicht von ihren Regierungen angewiesen werden möchten, im Lande zu verbleiben und ferner mit uns zu stehen, sich in Aarhuus einschiffen dürften, um nach Stettin zu gehen. Im hohen Grade würde sich solches empfehlen, da die Stimmung gegen Preußen in hiesigen Landen eine höchst erbitterte ist und sich gar nicht absehen läßt, wenn sie vom Norden zum Süden durch das ganze Land ihren Rückzug machen sollten, welche Unordnungen, Anfeindungen und Excesse vorfallen könnten. Der General Prittwitz selbst soll einige Besorgnisse hegen, und sich über die Stimmung der Bevölkerung des Landes Gewißheit zu verschaffen suchen, die eine andere denn nicht sein kann, als daß sie und mit Recht eine höchst gereizte gegen die Preußen ist. (H. C.)

Altona, 18. Juli. Der amtliche Bericht des Generals v. Bonin über das Treffen bei Fridericia ist aus Kolding vom 13. d. datirt und überaus umständlich. Wir entnehmen daraus Folgendes:

„Am 3. Juli, Abends, sollten nach der angestellten Berechnung die Batterien hergestellt und die Geschütze eingefahren sein, um sofort das Feuer eröffnen zu können. Durch die in den ersten Tagen dieses Monats eingetretene schlechte Witterung war die Beendigung der Arbeit indessen, trotz aller angewandten Mühe, um einige Tage verzögert worden, so daß die Geschütze erst in der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. aufgestellt werden konnten. Bereits am 4. d. M. wurde ein lebendiger Schiffsverkehr vom Bogensee und Striib nach der Festung wahrgenommen; und wenn es sich auch am 5. d., Mittags, herausstellte, daß die Besatzung verstärkt worden sei, so ließ sich doch bei dem anhaltenden Regen und der nebligen Witterung die Anzahl und Gattung der herübergeschifften Truppen nicht mit Genauigkeit angeben. Es mußte deshalb — da keine bestimmte Nachrichten eingegangen waren, daß die Brigade Rye, oder ein Truppenkorps von Alsen aus nach Friedericia geschifft worden sei — angenommen werden, daß entweder die gewöhnliche Ablösung stattgefunden habe, oder die bisher zwischen Bogensee und Middelfahrt gestandenen Truppen nach der Festung herüber geschifft worden seien. Einem etwanigen Ausfalle in dieser Stärke kräftig und mit gutem Erfolge entgegen treten zu können, durfte der kommandirende General im Vertrauen auf die bewiesene Bravour seiner Armee, mit Bestimmtheit erwarten, und da derselbe diesen bisher stets siegreich gewesenen Truppen einen Rückzug aus der Position ohne Kampf nicht zumuthen konnte, so entschloß er sich, dieselbe, wie Pflicht und Ehre es gebot, auf das Kräftigste zu vertheidigen." — Die Hoffnung auf einen endlichen Sieg mußte um so mehr aufgegeben werden, als bereits die Mehrzahl unserer Offiziere gefallen war und die Kräfte der Mannschaft nach einem so hartnäckigen Kampfe vollständig erschöpft schienen. Der kommandirende General befahl deshalb, daß das Schlachtfeld geräumt und der Rückzug auf Bredstrup angetreten werden sollte..... Der Kampf ist nur von zwei Brigaden (10 Bataillons, circa 7000 Mann stark) gegen 20 bis 22,000 Mann auf einem sehr kleinen Raum geführt worden." — „Der Verlust der Armee beträgt 65 Offiziere und circa 2800 Unteroffiziere und Soldaten, von denen 32 Offiziere und circa 850 Unteroffiziere und Soldaten in den hiesigen Lazarethen Aufnahme gefunden haben. Die übrigen sind auf dem Schlachtfelde geblieben, oder großentheils schwer verwundet, dem Feinde in die Hände gefallen. Der Verlust an Geschützen beläuft sich auf: 5 Feldgeschütze (6pfündige), 3 24pfündige Granat-Kanonen, 7 24pfündige Kugel-Kanonen, 8 84pfd. Bomben-Kanonen, 5 168pfd. Mörser, welche größten Theils unbrauchbar gemacht worden sind." — „Schließlich entledige ich mich der angenehmen Pflicht, es auszusprechen, daß sämmtliche Offiziere ihren Untergebenen wiederum mit dem schönsten Beispiel von Muth und wahrer Todesverachtung vorangegangen sind. Ganz besonders aber muß ich des rühmenswerthen Benehmens des Obersten v. Zastrow, des Oberst-Lieutenants v. Abercron und der Majore v. Stückradt und v. Gersdorff Erwähnung thun, die mit der größten Bravour und Umsicht meine Befehle in Ausführung gebracht, kräftig in den Gang des Gefechtes eingegriffen, und die Ordnung in ihren Truppen aufrecht erhalten haben." (A. M.)

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 19. Juli. [Ungarische Nachrichten.] Vor Comorn finden auf verschiedenen Punkten täglich Vorpostengefechte statt. Die Besatzung feuert aus Kanonen des schwersten Kalibers fast ununterbrochen, aber ohne Erfolg, da unsere Positionen zu weit entfernt sind. Man glaubt, Görgey werde einen tollkühnen letzten Versuch wagen, um sich durchzuschlagen, weshalb auch alle Vorsichtsmaßregeln von unserer Seite verdoppelt wurden. Die Vorposten und Reserven sind verstärkt und die Truppen in Bereitschaft, um auf den ersten Allarmschuß in das Gewehr treten zu können. Daher ist der Dienst auch so anstrengend. Man erwartet täglich Verstärkungen an schwerem Geschütz, welches die Russen bringen sollen. (S. die folgende Mittheilung der Wiener Zeitung.) — Vorgestern kam neuerdings ein Dampfboot voll Kranker und Verwundeter in Preßburg an. Die Mehrzahl davon waren Russen. — Einzelne Insurgenten-Schaaren treiben sich in der Gegend von Neutra umher, so daß die von der Messe rückkehrenden Kaufleute es nicht für räthlich halten, die mitgebrachten Waaren von Tyrnau weiter zu spediren. — General Tscheodajeff hat in Debreczin sämmtliche von den Bewohnern abgelieferten Waffen wegen Mangel an Transportmitteln im russischen Lager vernichten lasseo, von der Stadt eine Verproviantirung auf vier Tage für seine Truppen und die Auslieferung der österreichischen Gefangenen verlangt und ist, nachdem dies geschehen, mit selben (20 Offiziere, 2 Aerzte und 47 Mann) wieder weiter gezogen. — Als Anführer des ungarischen Kreuzzuges werden der Bischof und und Cultusminister Horvath, die Priester Aul und Besze genannt. Jeder Theilnehmer soll ein rothes Kreuz auf der Brust tragen. — General Knicanin hat eine Dame verhaften lassen, welche Stellung und Stärke der Truppen und Verschanzungen ausforschen wollte. Sie ist unter Bedeckung nach Semlin gebracht worden. Ein als Bauer verkleideter ungarischer Offizier begleitete sie.

[Wiener Zeitung.] Nach den heutigen Private berichten aus Pesth vom 17. Abends 7 Uhr dauerte der **Kanonendonner gegen Komorn ununterbrochen fort. Feldmarschall Paskiewicz war mit seiner Hauptarmee über Waitzen herangerückt und nun begann am 16. nicht sowohl eine Schlacht, sondern, wie die rückkehrenden Ordonnanzen sagen, ein Niedermetzeln der fanatischen Magyaren.** Der Verlust derselben muß nach allen Nachrichten ungeheuer sein, und man kann **das nahe Ende des Komorner Dramas, wo sich die Kern-Truppen Ungarns befinden,** mit Sicherheit voraussehen. Feldzeugmeister Haynau ist vorgestern Abends von Nagy Igmand nach Ofen aufgebrochen; ein Beweis, **daß der Todesstreich gegen die Magyaren auf dem linken Donau-Ufer geführt wird.** Pesth bot am Sonntag und Montag eines Theils ein Bild des Schreckens, und anderer Seits der Hoffnung dar. Die Anhänger Kossuths, der so vielen Jammer über Ungarn brachte, hatten die Kühnheit, die Kossuthnoten abermals nominell in Cours zu setzen, und trieben dieselben auf 65. Alle Häuser und Gewölbe wurden gesperrt, und so dauerte es bis Dinstag Morgens. Auf Befehl des General Ramberg wurde ein aufgefangener Sekretär des Kossuth, Egersy, erschossen. Die ganze Straße von Nagy Igmand bis Ofen ist mit kaiserlichen Truppen bedeckt.

N B. **Wien**, 19. Juli. [Tagesbericht.] Das neue Anlehen im Betrage von 60—70 Millionen, dürfte nicht sehr bald in die Oeffentlichkeit treten. Es unterliegt jedoch kaum einem Zweifel, daß Verlosungen an dasselbe geknüpft sind. — Der Gemeinderath hat das Finanzbudget der Stadt Wien für das zweite Militärquartal 1849 veröffentlicht. Die Gesammt-Einnahme der Stadt Wien betrug in diesen drei Monaten die Summe von 520,088 Fl. CM., wovon 418,770 Fl. auf die ordentlichen, und 101,318 auf die außerordentlichen Einnahmen fallen. Da das Gesammterforderniß für dasselbe Vierteljahr die Summe von 1,431,541 Fl. CM. erforderte, so stellte sich als ¼jähriges Defizit, die bedeutende Summe von 90,453 Fl. CM. heraus! — Der großbritannische Gesandte Lord Ponsonby ist mit Gemahlin und Dienerschaft vorgestern mit dem Dampfboot „Wien" hier angekommen. — Am 13. Juli hatte eine Deputation der k. k. Unterfeldärzte in Schönbrunn beim Kaiser eine Audienz, in welcher dieselben die Bitte vortrugen: daß ihnen der Offiziersrang und die Aussicht zum Avancement ertheilt werden möchte. Der Kaiser gab der Deputation eine zufriedenstellende Antwort, welche den Petenten Hoffnung auf die baldige Gewährung ihrer Bitten in Aussicht stellt. — Wie man vernimmt, ist dem Freiherrn Hammer-Purgstall die Enthebung von der Präsidentenstelle der Akademie der Wissenschaften, bewilligt worden, und mit Bedauern sieht man sich unter den jetzigen Mitgliedern der Akademie nach einem würdigen Nachfolger um. — In Oberösterreich begrüßt man freudig den Ministerial-Erlaß, welcher den Geistlichen die Politik auf der Kanzel untersagt. — Ein israelisches Handlungshaus ist beim k. k. Landgerichte Mühlbach um die Erlaubniß einer Erwerbung eines Hauses eingekommen; das Gesuch wurde aus dem Grunde zurückgewiesen, weil die Juden in Tirol immer noch keinen Besitz erwerben dürfen. In der That, man weiß nicht, wie man diese Weigerung mit den im Patent vom 4. März 1849 ausgesprochenen Grundrechten in Einklang bringen soll.

Triest, 15. Juli. Nach einem amtlichen Berichte wurde in den letzten Tagen von Venedig aus auf die Fregatte „Venere" ein Brander gesendet, welcher, wenn er sein Ziel erreicht haben würde, ohne alle Rettung unser Fahrzeug in Brand gesteckt hätte. Allein der Brander wurde noch in einer ziemlichen Entfernung von dem kreuzenden Inspektionskahne bemerkt, sofort von den Geschützen der „Venere" beschossen und glücklich zerstört. Man hat mich versichert, die venetianische Flottille werde nächstens unter Avantgarde mehrerer solcher Brander einen Angriff auf unsere Flotte wagen. Daß dieser Plan zur Ausführung kommt, daran bin ich nicht im mindesten im Zweifel; denn es gilt die Blokade zu brechen, um die Stadt wieder verproviantiren zu können. Dies wäre ein Akt der extremen Verzweiflung, nach dessen Mißlingen höchst wahrscheinlich die Uebergabe erfolgen dürfte. Dahin wenigstens lautet das Urtheil der sachkundigen Bürger. (Laib. Z.)

Italien.

** [Römische Angelegenheiten.] Durch den Obersten Niel, der dem Papste die Schlüssel von Rom überbracht, ist dem General Oudinot folgendes Schreiben des heiligen Vaters zugekommen: „Herr General! Die bekannte Tapferkeit der französischen Waffen, gestützt auf die Gerechtigkeit der Sache, welche sie vertheidigten, hat die solchen Waffen gebührende Frucht geerntet, — den Sieg. Empfangen Sie Hr. General, meine Glückwünsche zu dem großen Antheil, der Ihnen bei diesem Ereignisse zukommt, Glückwünsche, nicht für das vergossene Blut, worüber mein Herz Abscheu empfindet, sondern für den Triumph der Ordnung über die Anarchie, für die den anständigen und christlichen Menschen wiedergegebene Freiheit, denen es künftighin nicht mehr als Verbrechen angerechnet werden wird, die Güter zu genießen, die Gott ihnen zugetheilt, und ihn mit den religiösen Andachts-Ceremonien anzubeten, ohne Gefahr zu laufen Leben und Freiheit zu verlieren. — Wegen der ernstlichen Schwierigkeiten, die in Zukunft erstehen werden, vertraue ich auf den göttlichen Schutz. Ich glaube daß es der französischen Armee nicht nutzlos sein dürfte die Geschichte der Ereigeignisse zu kennen, die sich während meines Pontifikats gefolgt sind; sie sind in der Ansprache verzeichnet, von der, Sie Hr. General Kenntniß haben, und von der ich Ihnen eine Anzahl Exemplare überschicke, damit sie diejenigen lesen, von denen Sie es für nothwendig finden, daß sie damit bekannt wurden. — Diese Ansprache beweist genugsam, daß der Triumph der französischen Armee über die Feinde der menschlichen Gesellschaft davon getragen worden ist, und dieser Triumph muß deshalb auch in ganz Europa wie der ganzen Welt Gefühle der Dankbarkeit erwecken. — Der Hr. Oberst Niel, der mir mit Ihrer sehr geehrten Depesche die Schlüssel von einem der Thore Roms überbracht hat, wird Ihnen Gegenwärtiges überreichen. Mit vieler Zufriedenheit benutze ich diese Vermittelung, um Ihnen meine Gefühle väterlicher Zuneigung auszudrücken und die Versicherung, daß ich für Sie, die französische Armee, die Regierung und ganz Frankreich beständig zum Herrn bete. — Empfangen Sie den apostolischen Segen, den ich Ihnen von Herzen ertheile. Am 5. Juli. Pius, p. p. IX." — Dieses Schreiben scheint uns nun keine weitere politische Bedeutung zu haben, da es eben die Absichten des Papstes Betreffs der eigentlichen Fragen ganz im Dunkeln läßt. — Eine Korrespondenz aus Marseille vom 14. enthält Folgendes: „Ein Dampfschiff, das am 12. Civita-Vecchia verlassen hat, meldet, daß die französische Division, welche Oudinot zur Verfolgung Garibaldi's ausgeschickt hat, denselben nicht erreichen konnte. Garibaldi ist durch Viterbo gekommen und hat sich daselbst nur so lange aufgehalten, um den Einwohnern eine Kontribution von 80,000 Fr. abzunehmen. Hierauf hat er sich durch die neapolitanischen und spanischen Truppen nach dem Norden im Königreich Neapel durchgeschlagen. — In Rom werden immer noch Mordthaten an Franzosen begangen. Bei einem solchen Stande der Dinge denkt der Papst noch lange nicht daran, in die Hauptstadt zurückzukehren. Er wird zunächst nach Neapel und von da nach Benevent gehen, wo er den Empfang abwarten will, der dem Regenten zu Theil werden wird, den er nach Rom zu schicken gedenkt. Für den Fall, daß sich die Angelegenheit nicht auf diplomatischem Wege in Rom wird beilegen lassen, begiebt sich der Papst nach Bologna, wohin er von Oesterreich gezogen wird. — Aus Neapel wird gemeldet, daß der Großherzog von Toskana auf dem Punkte stehe, nach seinen Staaten zurückzukehren. Eine französische und eine neapolitanische Fregatte werden ihn begleiten. — In Neape finden zahlreiche Verhaftungen statt.

Der „Monitore Toscano" bringt folgende telegraphische Depesche: Livorno, 12. Juli, 12½ Uhr Nachmittags. Die Franzosen haben Viterbo be-

setzt, und den dortigen Präsidenten Ricci sammt dem Ex-Präsidenten von Civitavecchia, Manucci, verhaftet.

— Aus Mestre ist vom 15. d. die Nachricht eingetroffen, daß der Marschall Graf Radetzky plötzlich alldort erschienen ist. Seit einigen Tagen hatte Bombenregen und Kanonendonner gegen Venedig aufgehört. Gleichzeitig ist Feldzeugmeister d'Aspre aus Florenz in Mestre angelangt. (W. Z.)

Die Ostd. Post aus Wien meldet: „Ein Brief aus Venedig, der uns durch Vermittlung eines französischen Dampfschiffes zugekommen ist, erwähnt, daß Venedig nicht mehr als für 8 Tage Proviant besitze, und unter diesen Umständen kaum länger gehalten werden könnte.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 16. Juli. [Politische Zustände.] Das Resultat der letzten Pariser Wahl ist ein neuer Schritt vorwärts in der Entwickelung, welcher Frankreichs Geschicke seit dem 10. Dezember entgegensehen. Die Situtationen zeichnen sich immer deutlicher, bald werden die letzten Nebel geschwunden sein. Wirft man zuvörderst einen Blick auf die Männer, deren Name aus der Wahlurne siegreich hervorgegangen sind, so bemerkt man, daß bereits die Zeit der Vermittelung vorbei ist. Weder die Republikaner von gestern, noch die honetten Republikaner sind gewählt; die Kandidaten sind den Reihen der Regierungsmänner, der Armee, der orleanistischen Finanzaristokratie entnommen. Während dies Resultat am besten zeigt, daß die Antirepublikaner nicht mehr transigiren, sehen wir ganz im Gegentheil, wie die verbündete radikal-sozialistische Partei den Sieg auf dem Wege der Konzessionen zu erlangen suchte. Daß die Sozialisten die Radikalen zu Hülfe rufen, scheint noch erklärlich und nicht gerade inkonsequent; wenn sie auch, eben so sehr wie ihre Antipoden aus Talleyrand's Schule, gründliche politische Skeptiker sind und daher auf die Bestrebungen Ledrü Rollins, Jules Favres u. s. w. mitleidsvoll hinabschauen, so haben sie sie doch stets als eine Art von Kanonenfutter betrachtet und als solche, über deren Leiber hinweg sie das große Ziel der sozialen Republik erreichen können. Aber daß sie Männer wie Lesseps und Guinard als Kandidaten aufgestellt haben, das bekundet ihre innere Zerrissenheit und den Grad von Mißtrauen in ihre Schaaren. Will man endlich noch einen Beweis, wie sehr die Simpathien für den Sozialismus bei der Pariser Bevölkerung abgenommen haben, so achte man darauf, daß Goudchaux und Guinard diejenigen Kandidaten der Sozialisten sind, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Es ist bekannt, daß Herr Goudchaux als Finanzminister Herrn Proudhons Projekte ziemlich unbarmherzig behandelt hat, während Oberst Guinard in den Junitagen 1848 gezeigt hat, daß sein Degen der république démocratique et sociale nicht gehört. Noch in anderer Beziehung ist das Pariser Wahlergebniß bemerkenswerth. Es ist das erste Mal seit der Februarrevolution, daß sich Paris in Uebereinstimmung mit der Majorität des Landes gesetzt hat, ein Umstand, der bei der Erbitterung, welche in der Provinz gegen die Hauptstadt mehr und mehr hervorgetreten war, sehr hoch anzuschlagen ist. — Aber die letzten Wahlen beginnen auch bereits in den höheren Gewalten des Staats ihren Einfluß zu äußern. Die Rechte arbeitet bereits daran, ihren Sieg fruchtbar zu machen. Der Waffenstillstand zwischen ihr und dem tiers-parti scheint sein Ende erreicht zu haben. Die, wenn auch später annullirte Mission Bedeau's, die Sendung Lamoriciers nach Petersburg, möchten die letzten Konzessionen sein. Die Majorität ist sehr ungehalten darüber. Das alte Mißtrauen erwacht wieder. Man frägt sich, warum die Majorität nur 3 Mitglieder im Kabinet hat, während 6 der kleinen Fraktion des tiers-parti angehören. Man ärgert sich, daß so wichtige Missionen Mitgliedern der Minorität anvertraut werden. Mit einem Wort, man scheint es müde zu sein, eine gefällige Majorität zu spielen, wenn man die herrschende sein kann. In diesem Sinne sind die Artikel z uverstehen, welche seit einigen Tagen vom Courrier Français veröffentlicht werden. Nehmen Sie dazu die abweichenden Ansichten über die äußere Politik und über mehrere sehr wichtige organische Gesetze und Sie haben die Motive zu den verschiedenen Gerüchten von Ministerwechsel, Kabinetskrise, Minister-Kombinationen, welche seit kurzem ins Publikum geworfen werden. Das Ministerium fühlt, wie sehr die Majorität unter seinen Füßen weicht, aus mehr als einem Grunde möchte es, daß die Versammlung einige Monate Ferien nehme. Aber die Majorität bereitet sich schon auf diesen Ausweg vor. Wir wollen uns gern ausruhen, ruft man den Ministern zu, wenn ihr euch von eurem Ministerposten ausruhen wollt. So stehen die beiden Partein auf der Lauer und harren auf die Gelegenheit, sich durch Gewandheit den Berg zu erringen. Odilon Barrot und Dufaure haben gewiegte Gegner vor sich und in der Diplomatie, so wie überhaupt in der Politk trägt selten der Ehrlichste den Sieg davon.

+ **Paris**, 17. Juli. [Tagesbericht.] Die Sitzungen der National-Versammlung schleppen sich seit einiger Zeit ohne jedes Interesse hin. Jeden Augenblick sollen sie suspendirt werden, weil die Arbeiten nicht genügend vorbereitet sind. Bei solcher Schlaffheit kamen heute die Gesuche wegen Verfolgung der drei gestern gemeldeten Deputirten und die Vertagungs-Proposition zur Debatte. — In Betreff der drei inkriminirten Deputirten wird die Kammer morgen ihren Entscheid sprechen, und es ist außer Zweifel, daß dieses neue Gesuch eben so aufgenommen werden wird, wie die früheren. Man hofft wiederum, daß es das letzte sein wird. — Was die Vertagungsfrage anbelangt, so haben die zwei präjudicirten Abstimmungen von heute die zukünftige Spaltung der Versammlung ahnen lassen. Nachdem über die Dringlichkeit abgestimmt war, wurde die Proposition der Urlaubs-Kommission zur Prüfung überwiesen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Kammer vom 13 August ab 6 Wochen Ferien halten. Es bestätigt sich indeß, daß eine große Anzahl legitimistischer Deputirten, aus den gestern mitgetheilten Ursachen, die Vertagung zurückweist. — Auch heute zirkuliren die absurdesten Gerüchte über Restauration, Landung berühmter Personen und dergl. mehr, was ich blos erwähne, um jene Gerüchte als lächerlich zu bezeichnen. — Die Ultra-Konservativen dringen mit großem Geschrei auf eine andere Besetzung der Präfekturen. Diese Angelegenheit kann leicht zu einer Kabinetskrisis führen. — Eine zweite Frage von Bedeutung, welche nächstens vor die Kammer kommt, ist die, ob die Beamten bei dem Präsidenten der Republik als Staatsbeamten zu betrachten, und demgemäß auch, insofern sie Kammermitglieder sind, den in dieser Beziehung aufgestellten Bestimmungen unterworfen sind. Man erinnert sich noch jener Debatten und Anklagen, zu welchen unter dem jüngsten Regiment die Anwesenheit der königl. Adjutanten in der Deputirtenkammer Veranlassung gab, und bemerkt dabei, daß die Beamten im Elysée aus dem Grunde als Staatsbeamte angesehen werden müßten, weil dem Präsidenten für seine Dienstausgaben ein jährlicher Zuschuß von 600,000 Fr. bewilligt worden ist. — Auf der Fahrt nach Amiens, ward der Präsident der Republik begleitet von dem Kammer-Präsidenten Dupin, den Ministern des Innern und des Krieges, dem General Changarnier und von mehreren Mitgliedern der National-Versammlung. — Auf der Tour waren überall Triumphbogen errichtet. In Amiens begab sich der Präsident nach dem Empfange der Behörden in die Kathedrale, wo ein Te deum gesungen wurde. Abends fand im Stadthause ein Bankett von 170 Couverts statt. — Der Minister des Auswärtigen soll sämmtliche Konsular-Agenten in Italien angewiesen haben, den in der römischen Angelegenheit Kompromittirten, die sich nach Frankreich flüchten wollen, Pässe zu geben, mit der Erklärung, daß sie für ihre Ansichten und ihr Benehmen keinen Recherchen unterworfen werden sollen.

Straßburg, 16. Juli. Hecker's Anwesenheit dahier wird sich auf wenige Tage beschränken. So viel wir mit Zuverlässigkeit behaupten können, wird er sich bis nächsten Donnerstag dahier aufhalten, indem ihm die Behörde diese Frist gestattet hat. Die Absicht Hecker's, mit seiner Familie nach Amerika zurückzukehren, ist eine unabänderliche; daher auch alle Gerüchte über anderweitige Plane, welche in Umlauf gesetzt werden, ungegründet sind. Der Gasthof zum „Rebstock", in welchem der berühmte Flüchtling wohnt, ist den ganzen Tag von Neugierigen umstellt. Auch kommen bereits Freunde in Menge aus der nächsten Nähe an, um ihn zu begrüßen. Hecker scheint von den Strapatzen der Reise sehr gelitten zu haben; er sieht sehr ermüdet und erschöpft aus. (F. J.)

Rußland.

∗ **Warschau**, 19. Juli. Gestern wurde in der Kathedralkirche in Anwesenheit der zahlreich versammelten Behörden und Bürger von Warschau das kaiserliche Manifest verlesen, welches den Tod der Großfürstin Alexandra Alexandrowna, der 7jährigen Tochter des Thronfolgers, verkündigt. — Der Kaiser ist am 11ten in Peterhof angekommen.

Donau-Fürstenthümer.

Bukarest, 3. Juli. Aus Kronstadt ist gestern Abend ein österreichischer Courier hier angekommen, welcher die Meldung brachte, daß General Lüders mit seinem Hauptquartier in Marienburg steht, die Operationen in das Szekler Land mit glücklichem Erfolg fortsetzte und Kezdi-Vasarhely nach heftiger Gegenwehr mit Sturm genommen worden sei, woselbst in der dortigen Kanonengießerei 50 Stück Kanonen, unter diesen 10 Stück vollkommen ausgerüstet, erbeutet worden sind. Das aus der Walachei gegen Rothenthurm zurückkehrende k. k. siebenbürgische Armeekorps hat Krajova passirt, und wird in beschleunigten Märschen am 7. d. M. in Kineni an der Grenze ankommen; wahrscheinlich wird bis dahin auch ein russisches Korps aus der Kronstädter Gegend anrücken, und dann mit dem österreichischen combinirt, operiren. Bei Fogaras dürfte ein ernsthaftes Treffen stattfinden, da sich Bem in dieser Gegend (?) befinden soll. (C. Bl. f. B.)

Lokales und Provinzielles.

§ **Breslau**, 20. Juli. [Wahlmänner-Versammlung.] Das konstitutionelle Komité hatte die Wahlmänner der innern Stadt für gestern Abend nach dem Prüfungssaale des katholischen Gymnasiens berufen. Die bei weitem überwiegende Mehrzahl war dieser Einladung nachgekommen, und es wurde zunächst zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten. Dieselbe traf den Gymnasialdirekotr Wissowa; zu Sekretären wurden ernannt Kandidat Hahn und Appellationsrath Ludwig. Hierauf beschließt die Versammlung die Wahl einer Kommission, welche Vorschläge in Betreff der Kandidaten für die zweite Kammer entgegennehmen prüfen und dann im Wahlmännerkollegium zur Diskussion bringen soll. Ueber Wahlmodus und Zusammensetzung der Kommission entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Endlich beliebte man, daß die Versammlung sich nach den vier in ihr vertretenen Ständen sondern und eben so viele Vertrauensmänner aus ihrer Mitte ernenne, von denen jeder 10 Mitglieder für die betreffende Kommission in Vorschlag zn bringen habe. Der Gelehrtenstand erwählte den Professor Gaupp, der Kaufmannsstand Herrn Regner, der Gewerbestand den Wagenbauer Streicher und der Militärstand den Hauptmann Kempe. Diese Herren stellten nun eine Liste von 40 Namen auf, unter denen 20 durch Akklamation als Mitglieder der Kommission genehmigt wurden. Die nächste Zusammenkunft ist auf künftigen Montag anberaumt.

□ **Breslau**, 20. Juli. [Sitzung des Kriegs-Gerichtes.] In der heutigen Sitzung kamen wiederum nur Fälle thätlicher Widersetzlichkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit zur Verhandlung und Entscheidung. Der erste Fall betraf einen Dienstknecht Bauer. Derselbe hat in einem Streite mit seinem Brotherrn, dem Holzhändler Scholz, sich thätlich an diesem vergriffen. Scholz hatte zwei Gensdarmen herbeigerufen, welche den Bauer verhafteten. Bauer, welcher anfangs willig gefolgt war, hatte sich unterwegs auf dem Transport mehrmals zur Erde geworfen und sogar das vorbeigehende Publikum angerufen. Am Sandthore hatten sich die beiden Gensdarmen genöthigt gesehen, noch einen Soldaten zu Hülfe zu rufen, um den Angeklagten fortbringen zu helfen. Der Angeklagte gab nur zu, sich ein einziges Mal zur Erde geworfen zu haben und dies allein aus dem Grunde, weil er geschlagen worden. Der Thatbestand wurde jedoch von den beiden Gensdarmen sowohl als dem betreffenden Soldaten bekundet und der Angeschuldigte vom Kriegsgericht in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Berichterstatters, Korps-Auditeur Köpke zu viermonatlichem Gefängniß verurtheilt.

Die Tagearbeiter Maruschke und Schimanski, in Neuscheitnig wohnhaft, waren mit den ebenfalls dort wohnenden Gebauerschen Eheleuten in eine Schlägerei gerathen. Durch einen gewissen Koschate war der Polizei-Sergeant Halbig herbeigerufen worden. Dieser hatte die beiden Angeschuldigten verhaften wollen. Nach seiner Aussage hatten dieselben sich aber losgerissen und sich geweigert, ihm zu folgen. Halbig hatte sich Wachtmannschaften zur Unterstützung geholt. Als er mit diesen angekommen, hatte er nur noch den Maruschke angetroffen. Dieser hatte sich durch Anhalten an die Thürpfosten und durch Herumschlagen mit den Händen seiner Fortführung zu widersetzen gesucht, war aber dann ruhig mitgegangen. Unterwegs hatten sie auch den Schimanski wieder angetroffen und ihn mitgenommen. Schimanski war anfangs gutwillig mitgegangen, nach kurzer Strecke aber in ein Haus gelaufen, unter dem Vorgeben, sich seine Jacke zu holen. Nach der Aussage der drei Soldaten, welche die beiden Angeklagten transportirt hatten, war ihnen Schimanski, als sie ihn aus dem Hause herausholten, ohne jedes Widerstreben gefolgt, nur hatte er unterwegs sehr gelärmt und geschimpft. Der Koschate behauptete, Schimanski sei noch ein zweites Mal in jenes Haus gelaufen, was aber von keinem der drei Soldaten bestätigt wurde. Widersetzt hatte er sich auf dem Wege nicht weiter. — Die beiden Angeschuldigten wußten nicht mehr, ob sie sich widersetzt hätten, da sie betrunken gewesen. Schimanski behauptete, daß er in dem Hause, in welches er gelaufen, seine Wohnung gehabt und sich seine Jacke habe herausholen wollen. — Der Berichterstatter, Auditeur Petiskus, beantragte gegen jeden der beiden Angeklagten viermonatliche Gefängnißstrafe. Der Gerichtshof erkannte gegen jeden auf zwei Monat Gefängniß. — Die Sitzung war vom Publikum sehr schwach besucht.

† **Breslau**, 20. Juli. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 16ten d. M. wurde ein 60 Jahr alter Mann in seiner von innen verriegelt gewesenen, aber gewaltsam eröffneten, Stube in seinem Blute auf der Erde liegend todt gefunden. Er hatte sich mit seinem Barbiermesser eine 3 Zoll lange Wunde am Halse und etne über 4 Zoll lange Wunde in der Bie-

gung des linken Ellenbogengelenks beigebracht, welche letztere besonders seinen Tod herbeigeführt hat, indem die Blut- und Puls-Adern durchschnitten waren. Lebensüberdruß scheint Ursache seines Selbstmordes gewesen zu sein.

Am 19ten Nachmittags gegen 4 Uhr entstand in einem mit Holz und Steinkohlen angefüllt gewesenen Schuppen in der Klosterstraße Feuer, doch wurde dasselbe durch die bald herbeigeeilte Löschhülfe der Nachbarn bald getilgt. Auf welche Art das Feuer entstanden, ist zur Zeit unermittelt.

Am 17ten fand eine von einer Reise zurückgekehrte hiesige Einwohnerin ihre Stube zwar verschlossen, jedoch die in derselben stehenden Schränke gewaltsam erbrochen und aus denselben sämmtliche Kleidungsstücke und Wäsche, sowie eine silberne innen vergoldete Suppenkelle, 12 silberne Eßlöffel, 5 silberne Kaffeelöffel und ein Collier von Silberdrath entwendet.

Auf dem am 16ten dieses Monats hier abgehaltenen Roß- und Viehmarkte waren 300 Stück Pferde vorhanden. An inländischem Schlachtvieh waren aufgetrieben 119 Stück Ochsen, 91 Stück Kühe und 661 Stück Schweine.

Seitens der hiesigen Stadt-Bau-Deputation werden vom 16 bis incl. 21. dieses Monats bei öffentlichen Bauten beschäftigt 31 Maurer-Gesellen, 6 Steinsetzer 24 Zimmergesellen und 209 Tagearbeiter.

§ Breslau, 20. Juli. [Ein Gaunerstreich der neuesten Art] wurde verwichene Nacht im „schwarzen Adler" auf der Mathiasstraße versucht. Gegen 2 Uhr weckte das Klirren einer eben zerbrochenen Fensterscheibe eine Schleußerin des dortigen Gastwirths. Durch das laute und anhaltende Gebell des Hofhundes geweckt, eilten sogleich noch mehrere Hausbewohner herbei, worauf die Eindringlinge es für gerathen fanden, das Weite zu suchen. Vermuthlich ist ihnen dies durch eines der nach dem Garten gelegenen Saalfenster gelungen. Das Augenmerk der Diebe war, allen Anzeichen nach, auf den grünen Billardüberzug, wie auf manche andere werthvolle Utensilien gerichtet. Das Billard wurde nämlich von der dasselbe überdeckenden Leinwandhülle befreit und ein nach dem Garten führendes Fenster des Saales offen stehend gefunden; die Thüren der angrenzenden Zimmer, in welchen die Angehörigen und Untergebenen des Wirthes schliefen, waren durch die Diebe von Außen verriegelt. — Diese Umstände lassen auf eine genaue Bekanntschaft jener nächtlichen Industrieritter mit den betreffenden Räumlichkeiten schließen. Es ist jedoch noch nicht gelungen, denselben näher auf die Spur zu kommen. Entwendet wurde, außer einem Leuchter von geringem Werth, nichts.

*** Breslau,** 20. Juli. [Aufgelesenes Geld.] Gestern verbreitete sich das Gerücht, daß auf der Grünen Röhr-Seite des Ringes sehr viel Geld in Kassen-Anweisungen von Vorübergehenden gefunden worden sei; man sprach von einigen tausend Thalern. — Nach näherer Erkundigung hat sich aber herausgestellt, daß ein Herr aus Hünern, welcher unter dem Eisenkram eine Summe von einigen fünfzig Thalern einkassirt, diese auf dem Wege vom Eisenkram nach dem goldenen Hunde verloren und diese von einem vorüberfahrenden Droschkenkutscher, einigen Blumenhändlerinnen 2c. aufgehoben worden sind. Ein in der Gegend wohnender Kaufmann forderte jedoch die Finder auf, das Geld bei ihm bis auf Weiteres zu deponiren und hat dieser Herr auch das ihm abgelieferte Geld, circa 22 Thlr., an die Polizei-Behörde übergeben.

Oppeln, 17. Juli. [Für Reisende nach Oesterreich.] Das heutige Amtsblatt enthält folgende wichtige Bekanntmachung der königl. Regierung: „Seitens der kaiserlich königlichen österreichischen Behörden wird auch solchen Reisenden, welche sich der Eisenbahn bedienen, der Eintritt in das österreichische Staatsgebiet nicht anders, als wenn sie mit gültigen Reisepässen versehen sind, also nicht gegen Vorzeigung gewöhnlicher Paßkarten gestattet. Reisende, welche nur Paßkarten besitzen, haben dagegen die Zurückweisung über die österreichische Grenze zu gewärtigen. — Indem wir dies zur allgemeinen Kenntniß bringen, weisen wir zugleich die Kreis- und Orts-Polizei-Behörden an, Reisende, welche Paßkarten Behufs einer Reise nach Oesterreich nachsuchen sollten, über die unbedingte Nothwendigkeit der Nachsuchung von Pässen für eine solche Reise zu belehren."

□ **Ratibor,** 10. Juli. [Vorwahlen. — Geschwornengericht.] Gestern waren im Jaschkeschen Saale etwa 30 Wahlmänner hiesigen Orts versammelt, um über eine Vorwahl für die Abgeordneten zu berathen. Baron v. Richthofen, früherer Landrath Koseler Kreises, hatte 23, Senator Grenzberger 19, Chef-Präsident Wenzel und Professor Kuh, jeder 14 Stimmen. Heute ist eine größere Vorwahl in Kranowitz. — Den 27. August wird hier das Geschwornen-Gericht seine Sitzung eröffnen, doch sind die gewählten Geschworenen zur Zeit noch nicht bekannt.

(Oppeln.) Der Gastwirth Moritz Landsberger zu Ujest, der Tuchmacher-Meister Jakob Gallus zu Sohrau, der Pfefferküchler Weinkopff, und der Maurer-Meister Fleischer zu Grottkau, sowie der Fleischermeister Franz Scholz zu Ottmachau, sind zu unbesoldeten Rathmännern, der Lieutenant a. D. Schneider zum Kämmerer in Ujest, erwählt und bestätigt worden. Die Rathmänner: Apotheker Lehmann sen. und der ehemalige Tuchfabrikant Bundschuch zu Kreuzburg, erhielten in Anerkennung ihrer Verdienste um die dortige Kommune, den Titel Stadtälteste, der bisherige Kreis-Sekretär Tost-Gleiwitzer Kreises, Lieutenant Krakau, ist zum Regierungs-Sekretär befördert, und die dadurch erledigte Kreis-Sekretärstelle ist dem Regierungs-Supernumerarius Meyer I. verliehen worden, der Oberfeuerwerker a. D., Militär-Supernumerar Wycisk, ist zum Regierungs-Bureau-Assistenten befördert, die Kreis-Chirurgenstelle des Kreises Grottkau, ist dem Wundarzte I. Klasse, Münzer zu Kontopp, Grünberger Kreises, verliehen, und der seitherige Bürgermeister in Rosenberg, 2c. Reichert, ist wiederum auf sechs Jahre erwählt und bestätiget worden.

Die nachstehenden katholischen Schul-Adjuvanten erhielten Lehrerstellen: der Adjuvant Babin die Schullehrerstelle zu Domb, Beuthener Kreises. Der Adjuvant Zimmer die Schullehrerstelle zu Schönwitz, Falkenberger Kreises. Der Adjuvant Banke die Schullehrerstelle zu Zywodczütz, Oppelner Kreises. Der seitherige Schullehrer in Raden, 2c. Neugebauer, hat die Organisten- und Schullehrer-Stelle zu Schönwiese, Leobschützer Kreises, ehralten, und der Lehrer Horn zu Oels, die Kantor- und zweite Lehrerstelle zu Constadt, Kreuzburger Kreises.

Verstorben sind: der katholische Lehrer Fröhlich zu Gleiwitz, der Kämmerer Basold zu Groß-Strehlitz, und der Polizei-Sergeant Kastner zu Neisse.

Der Kaufmann Berel Lachmann zu Beuthen, hat die Agentur für die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Borussia" zu Königsberg niedergelegt. An seiner Stelle ist bestätigt worden der Kaufmann Pincus Mühsam zu Beuthen.

Den evangelischen Kirchen zu Reinersdorf, Schönfeld und Jakobsdorf, im Kreuzburger Kreise, sind von den Eingesparrten in baarem Gelde und geldwerthen Kirchen-Geräthen resp. 46 Rtl. 21 Sgr. 9 Pf., 14 Rtl. und 7 Rtl. 10 Sgr. geschenkt worden.

Wollbericht.

Breslau, 20. Juli. Wenn seither die einheimischen und fremden Käufer ihr Augenmerk nur auf die geringen, zu Lieferungstuchen und zum Kammgarn sich eignenden polnischen und russischen Wollen gerichtet und von besseren Gattungen wenig gekauft haben, so scheint sich gegenwärtig auch für gute Qualitäten wieder Bedarf einzustellen. Es zeigte sich dies namentlich im namentlich im Laufe dieser Woche, während welcher, sowohl in- als ausländische Großhändler und Commissionäre bedeutende Quantitäten schlesischer Einschuren und Lammwollen, so wie feine, posensche und galizische Vließwollen aus dem Markte genommen haben. Auch alle übrigen Sorten, als Locken, Sterblinge, Pellwolle, Zweischuren u. s. w. fanden Beachtung und ist Mehreres davon abgesetzt worden. Man zahlte:

für schlesische Einschur	von	68—75	Thlr.	pr.	Ctr.
„ posensche	„	„	60—68	„	„	„
„ polnische	„	„	55—66	„	„	„
„ russische	„	„	50—53	„	„	„
„ f. schles. Lammwolle		„	85—90	„	„	„
„ Schweißwolle		„	48—55	„	„	„
„ gebündelte Sterbl.		„	55—58	„	„	„
„ gute Locken		„	52—56	„	„	„
„ geringere		„	40—48	„	„	„

Der Gesammt-Umsatz beläuft sich auf circa 1500 Ctr.

Ordinaire Wollen fehlen sehr und ist der gänzliche Mangel dieser Gattungen in den Preisen von 42 Thlr., 40 Thlr. und darunter, nicht nur durch die abgeschnittenen ungarischen Zusendungen, sondern durch die Unmöglichkeit der Zufuhr auf russischen Schienenwegen entstanden, da es jetzt nicht gestattet ist, irgend welche voluminöse Waaren auf den jenseitigen Eisenbahnen zu befördern, indem die Güterzüge sämmtlich für Militär- und Fourage-Transporte in Beschlag genommen sind.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 1. bis 7. Juli d. J. 17409 Personen und 41012 Rltr. 25 Sg. 5 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport 2c. vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrole.

Inserate.

Bekanntmachung.

Bei den diesjährigen auf den 28sten d. M. beginnenden Schießübungen der 6ten Artillerie-Brigade bei Carlowitz, werden Zuschauer und andere dieser Gegend nahekommende Personen gegen unvorsichtige Annäherung an die Schußlinie hierdurch gewarnt und aufgefordert, den Anweisungen der ausgestellten Distanciers, so wie den Polizei-Offizianten und Gensdarmen, bei Vermeidung von Ordnungsstrafen, unbedingt Folge zu leisten.

Breslau, den 16. Juli 1849.

Königliches Gouvernement und Polizei-Präsidium.
v. Aschoff, v. Kehler.
Generalmajor und Commandant.

Von gestern Mittag bis heute Mittag sind an der **Cholera** 3 Personen als erkrankt und 3 Personen als gestorben, ein Genesungsfall aber nicht amtlich gemeldet worden.

Hierunter sind an Militär-Personen erkrankt 2, genesen oder gestorben Keiner.

Breslau, den 20. Juli 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung.

Der gegenwärtige Stand der Cholera-Epidemie in der Stadt Löwen macht eine **nochmalige Verlängerung der Seminar-Ferien,** und zwar **bis Mittwoch den 1. August** c., nothwendig, wovon die Zöglinge der unterzeichneten Anstalt hierdurch in Kenntniß gesetzt werden, mit dem Ersuchen, möglichst Sorge tragen zu wollen, daß diese Benachrichtigung jedem Betheiligten rechtzeitig zugehe.

Löwen, den 20. Juli 1849.

Königl. evangel. Schullehrer-Seminar.
Im Auftrage: Scholz.

Sitzung der Handelskammer

Sonnabend den 21. Juli Nachmittags 4 Uhr im Courslokale des Börsengebäudes.

Die wichtigeren Vorlagen sind in dem gestrigen Zeitungsblatt benannt.

Breslau, den 19. Juli 1849. Klocke.

Die konstitutionellen Wahlmänner

der **Vorstädte** versammeln sich zu einer Besprechung über die Deputirten-Wahl

Sonnabend den 21. Juli d. J.,
Montag den 23. Juli d. J.,

Abends **Punkt 7 Uhr,** im Examen-Saale des Magdalenen-Gymnasiums.

Die erste Einladung ist beim Eintritte vorzuzeigen.

Der Vorstand.

Xions, 18. Juli. Der in der Beilage zu Nr. 158 dieser Zeitung aufgenommene Artikel aus Schrimm ♯ „Thatsächliche*) Widersetzlichkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit" enthält mehrfache Unwahrheiten, und so weit dieselben meine Person berühren, widerlege ich diese dahin: „Daß am 6. d. M. der hiesige Bürgermeister durch mich vertreten war, ist eine Erdichtung! — eine dergleichen Vertretung konnte schon um deshalb nicht gut möglich sein, als zu derselben Zeit des Exzesses ich einen weitläuftigen Termin in Kirchenbau-Angelegenheiten abgehalten habe." — Diese verspätete Berichtigung jener falschen Angabe findet ihren Grund darin, daß im hiesigen kleinen Städtchen die Breslauer Zeitung nicht zu haben ist und ich daher die betreffende Beilage mir erst anderweit beschaffen mußte. — Der königliche Polizei-Distrikts-Kommissarius Knopff.

*) Soll heißen: „Thätliche." Red.

Für die am 7. und 8. Mai in Breslau verwundeten und die Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten sind ferner eingegangen: von M. F. H. 3 Thlr., Sammlungen zugesandt durch den Veteranen-Haupt-Verein in Schlesien 310 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. in folgenden einzelnen Posten: Dienstmädchen Aug. Krähbaum 2 Sgr. 6 Pf., Realschüler Ludwig 5 Sgr., Hr. Gutsbes. Kroh zu Treschen 15 Sgr., Gen.-Maj. a. D. v. Langen 2 Thlr. 16 Sgr. 7 Pf., Gen.-Maj. a. D. v. Brösike 3 Thlr., Gen.-Lieut. a. D., Hiller v. Gärtringen noch nachträglich 3 Thlr. 20 Sgr., Gen.-Lieut. a. D. v. Röder 5 Thlr., von den Mitgliedern der 1. Abtheilung des Breslauer Vet. Haupt-Vereins 13 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf., von der 5. Abth. 18 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf., von der 6. 18 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf., von der 7. 7 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., von der 8. 5 Thlr. 16 Sgr. 6 Pf., von den Mitgliedern des Vet.-Vereins in Neisse 20 Thlr., von denen in Neumarkt 8 Thlr., von Trachenberg 9 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf., von Herrnstadt 3 Thlr. (an den beiden letztgenannten Posten sollen die Hinterbliebenen der Gefallenen in Berlin, Posen, Frankfurt a. M., Breslau und Dresden participiren), vom Vet.-Verein in Striegau 16 Thlr. 13 Sgr., von dem in Steinau 29 Thlr., in Greiffenberg 41 Thlr., 4 Sgr. 4 Pf., in Jauer 22 Thlr., in Juliusberg 7 Thlr. 25 Sgr., in Schweidnitz 8 Thlr. 17 Sgr., in Lublinitz 8 Thlr., von den Veteranen des Nimptscher Kreises 30 Thlr., des Falkenberger Kreises 10 Thlr., Vet.-Verein in Rybnik 3 Thlr. 17 Sgr. mit der besondern Bestimmung an hinterbliebene Waisen der Gefallenen des 22. Inf.-Reg. zu vertheilen und hierbei die Familie des Unteroffiziers Hahn besonders zu berücksichtigen, vom Vet.-Ver. in Grottkau 23 Sgr., von dem Kreis-Krieger-Verein in Landshut 15 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf., von Veteranen in Klein-Gandau durch den Scholzen Thater 6 Sgr. 6 Pf.

Breslau, den 19. Juli 1849.

Königliches Gouvernement.

Zweite Beilage zu № 167 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 21. Juli 1849.

Theater-Nachricht.

Sonnabend, neu einstudirt: **„Die Royalisten."** Schauspiel in 4 Akten von Dr. Raupach. — Personen: Karl II., König von Großbritannien, Herr Baumeister. Baron Wilmot, Herr Guinand. Lord Francis Windham, Herr Keller. Lady Windham, seine Mutter, Frau Baumeister. Henry, sein Sohn, Herr Hiltl. Mathilde Lindsey, Pflegetochter der Lady, Fräulein Friederike Meyer. Oliver Cromwell, Lord-General, Herr Kläger. Harrison, General-Major, Herr Denzin. Fleedwood, General-Lieutenant, Herr Knebel. Overton, Oberster, Herr Puschmann. Habakuk, ein Weber, Herr Stotz. Pope, Herr Kalinke. Carnlaß, Herr Mosewius. Penderell, ein Landmann, Herr Schöbel.

Srnntag. Elftes Gastspiel des Herrn Philipp Grobecker, Mitglied des Königstädter Theaters zu Berlin. Zum fünften Male: **„Berlin bei Nacht."** Posse mit Gesang in 3 Akten von D. Kalisch. Musik theils neu komponirt, theils nach bekannten Melodien arrangirt von F. W Meyer. Dietrich Fischer, Herr Philipp Grobecker. Pauline, Fräulein Mehr, vom Königstädtischen Theater in Berlin, als Gast.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich Verwandten und Freunden:

W. St.-Blanquart.
Emma St.-Blanquart,
geb. Albrecht.

Pogorzelice im Gr. Posen, d. 18. Juli 1849.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut Morgen 4½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau Auguste, geb. Friebe, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich, statt besonderer Meldung, hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 20. Juli 1849.

August Agath.

Entbindungs-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Die gestern Abend erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Louise, gebornen Schiller, von einem muntern Knaben, beehre ich mich Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 20. Juli 1849.

Heinrich am Ende.

Todes-Anzeige.

Heute verschied nach 14-monatlichen schweren Leiden unsere gute Schwester, Tante und Schwägerin, die verwittwete Frau Caroline von Förster, geb. Klose. Diese Anzeige widmen allen entfernten Verwandten und Bekannten, um stille Theilnahme bittend:

die Hinterbliebenen.

Ullersdorf, den 18. Juli 1849.

Todes-Anzeige.

Am 17ten d. Mts. endete seine irdische Laufbahn der hiesige Färbermeister Rathsherr Carl Heinrich August Trogisch, im noch rüstigen Mannesalter von 50 Jahren. Als Mensch wegen seltener Herzensgüte und als Kommunalbeamter wegen unerschütterlichem Pflichtgefühl hochgeachtet, beklagen wir sein frühzeitiges Dahinscheiden als einen schweren Verlust, der uns noch lange fühlbar sein wird.

Schweidnitz, den 19. Juli 1849.

Magistrat und Stadtverordnete.

Todes-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.)

Heute Morgen um 4¾ Uhr verschied unsere innigst geliebte Mutter, die verw. Frau Bürgermeister Josephine Richter, geb. Rösler, nach 12stündigem Leiden in Breslau.

Wir bitten, unsern tiefen Schmerz durch stille Theilnahme zu ehren.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Heute Morgen 8 Uhr beendete meine innig geliebte Tante Juliane Friederike Charlotte Dehmel in dem Alter von 75 Jahren ihre irdische Laufbahn. Dies zeigt hiermit, um stille Theilnahme bittend, Verwandten und Freunden ergebenst an:

Carstaedt.

Barottwitz, den 20. Juli 1849.

Montag den 23. Juli, früh 11 Uhr, soll an der alten Reitbahn des ersten Kürassier-Regiments ein zum Militärdienst unbrauchbares Pferd öffentlich versteigert werden.

Das Kommando
des ersten Kürassier-Regiments.

Belohnung.

Der ehrliche Finder einer am 19. d. Mts. verloren gegangenen langen goldenen Erbsen-Kette, wird ersucht, solche gegen angemessene Belohnung Ring Nr. 4 in der Conditorei des Hrn. **J. Barth** abgeben zu lassen.

Offene Posten für einen verheiratheten Amtmann, bald anzutreten, auch für einen Wirthschafts-Schreiber. **Tralles,** Messergasse 39.

Das Breslauer Abendblatt,

welches in der Expedition, Herrenstraße Nr. 20, und bei den Kommanditen zu haben ist, wird vom 1. August ab in **größtem Quartformat** erscheinen. — Dieser mehr als um die Hälfte größere Raum wird es möglich machen, nicht allejn die politischen Begebenheiten mit mehr Ausführlichkeit und Lebendigkeit als bisher darzustellen, sondern auch die lokalen Angelegenheiten mehr zu berücksichtigen, sowie endlich auch manche gemeinnützige, interessante und unterhaltende Notizen darzubieten. Trotz dieser wesentlichen Erweiterung soll der Preis des Blattes nicht in gleichem Verhältnisse gesteigert werden. Der Preis des **monatlichen Abonnements** wird nämlich, statt wie bisher, 6 Sgr., nunmehr **7½ Sgr.,** der der **einzelnen Nummer 6 Pf.** betragen. — Der Unterzeichnete hofft, daß bei dieser bedeutenden Verbesserung für den bevorstehenden August recht zahlreiche Bestellungen eingehen werden.

Dr. **Weis.**

Bei **G. P. Aderholz** in **Breslau** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Kritische Erörterungen
über die
Servitutenlehre
nach dem
Römischen Rechte.

Nebst einem Anhange über das Interdictum uti possidetis,
von
Dr. jur. **Zielonacki.**
Privat-Docenten an der Breslauer Universität.
gr. 8. geh. Preis 1 Rtl. 10 Sgr.

Bekanntmachung.

Von den in Gemäßheit unserer Bekanntmachungen vom 16. Dezember 1846 und 30. Dezember 1847 resp. in der 7ten und 8ten Verloosung gezogenen und den Inhabern resp. zum 1. Juli 1847 und 1. Juli 1848 zur baaren Rückzahlung gekündigten 4prozentigen Pfandbriefen B. sind folgende Nummern, nämlich:

a) aus der 7ten Verloosung,

Nr. 3473. 3487. 4806 . . . . à 200 Rtl.
Nr. 5559. 6347. 6405. 6660. 8016. 8198. 8735.
8753. 61,045. 61,221 . . . . . . à 100 Rtl.
Nr. 11,119. 11,320. 11,694. 11,748. 12,595 . à 50 Rtl.
Nr. 20,561. 20,931. 21,056. 21,173. 21,180.
21,467. 21,752. 21,951. 22,273.
22,299. 82,003. 82,046 und 82,062 . à 25 Rtl.

b) aus der 8ten Verloosung,

Nr. 260 . . . . à 1000 Rtl.
Nr. 3016. 3227. 3290. 3725. 49,293. 49,652 . à 200 Rtl.
Nr. 5629. 6052. 7003. 8025. 8225. 8375. 8416.
8921. 61,022. 61,275. 61,500 . . . à 100 Rtl.
Nr. 10,504. 10,645. 11,203. 11,336. 11,337.
11,396 . . . . à 50 Rtl.
Nr. 20,998. 21,062. 21,186. 21,206. 21,982.
22,594. 22,669. 22,793 . . . . . . à 25 Rtl.

bis jetzt noch nicht zur Zahlung präsentirt worden, obgleich die Kapitalien, wie den Inhabern seiner Zeit bekannt gemacht worden ist, für deren Rechnung seit dem Verfalltage resp. vom 1. Juli 1847 und 1. Juli 1848 zinslos niedergelegt worden sind.

Mit Rücksicht auf den Zinsenverlust, den sich die Inhaber dieser Pfandbriefe durch Nichtbeachtung unserer Kündigung schon ausgesetzt haben und noch ferner aussetzen, machen wir dieselben wiederholt darauf aufmerksam, daß der Nennwerth der vorbezeichneten Pfandbriefe gegen Ablieferung der letzteren und der dazu gehörigen Coupons Ser. III. Nr. 4 bis 10 zu der in der 7ten, und Ser. III. Nr. 6 bis 10 zu den in der 8ten Verloosung gezogenen Pfandbriefen, zu jeder Zeit entweder bei der Haupt-Seehandlungs-Kasse in Berlin oder bei dem Handlungshause Ruffer und Comp. in Breslau erhoben werden kann.

Berlin, den 12. Juli 1849.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Besonders zu empfehlende Passagier-Gelegenheit nach Süd-Australien.

Von Hamburg oder im Falle der Elb-Blokade von der Ems nach Port Melbourne und eventualiter nach Port Adelaide

wird positiv am 15. August expedirt:

das eigends zu dieser Fahrt neu erbaute und besonders zweckmäßig dazu eingerichtete schöne, sehr schnell segelnde, kupferbodene

Fregatt-Schiff Emmy, groß 900 Tons,
geführt vom Kapitän Matthias Wilcken.

Dieses Schiff bietet in der eleganten und schönen Cajüte, so wie in dem sehr geräumigen, luftigen und hohen Zwischendeck den Passagieren besondere Bequemlichkeiten.

Die Auswanderer, welche von dieser ausgezeichnet günstigen Gelegenheit Gebrauch zu machen wünschen, werden ersucht, sich baldigst in portofreien Briefen zu melden:
bei den Eignern des Schiffes, Herren **J. C. Godefroy u. Sohn** in Hamburg,
bei Herrn **Eduard Delius** in Bremen, Wall Nr. 19B. und
bei dem Schiffsmakler **Friederich Brödermann** in Hamburg.

Literarische Anzeige.

Die **soeben erscheinende Nr. 3** der

demokratischen Blätter,

enthaltend eine ausführliche Beurtheilung des neuen Disziplinar-Gesetzes, von Herrn Appellationsgerichts-Präsidenten **v. Kirchmann,** ist in der unterzeichneten Buchhandlung à 2 Sgr. zu erhalten.

Breslau, den 19. Juli 1849.

A. Schulz und Comp.,
Altbüßerstraße 10, an der Magdalenenkirche

Ediktal-Citation.

Die Zirkel (Zarke) geb. Veitel, verehelichte Kaufmann Wiesner starb am 29sten September 1843 hierselbst.

Ihre unbekannten Erben resp. Erbeserben oder nächsten Verwandten und alle Diejenigen, welchen ein Recht auf den Nachlaß von etwa 1300 Rthl. zusteht, werden auf den Antrag der legitimirten Erben ihres am 3. Mai 1844 hierselbst verstorbenen Ehegatten, Kaufmanns Fabian Wiesner zur Anmeldung und Nachweisung ihrer Ansprüche auf

den 29. November 1849 Vormittags 11 Uhr

in das hiesige Gerichtslokal mit der Verwarnung vorgeladen, daß der Nachlaß dem sich meldenden und legitimirenden Erben wird zugesprochen werden und der nach erfolgter Präklusion sich etwa erst meldende nähere oder gleich nahe Erbe, alle seine Handlungen und Dispositionen anzuerkennen und zu übernehmen schuldig, von ihm weder Rechnungslegung noch Ersatz der gehobenen Nutzungen zu fordern berechtigt, sondern sich lediglich mit dem, was alsdann noch von der Erbschaft vorhanden wäre, zu begnügen, berechtigt sein solle.

Peiskretscham, den 10. Juli 1849.

Königl. Kreisgerichts-Kommission.

Verpachtungs-Anzeige.

Zu Verpachtung der Restauration in dem neu erbauten hiesigen Schießhause, zu welcher ein großer Saal, 4 Gesellschaftszimmer nebst Zubehör und geräumige Wohnung für den Pächter, dessen Familie und Dienstboten gehören, ist ein anderweiter Termin auf

Montag den 13. August d. J. Nachmittags 4 Uhr

auf hiesigem Rathhause anberaumt worden, wovon Pachtlustige mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß die Einsicht der Verpachtungs-Bedingungen in unserer Registratur freisteht.

Liegnitz, den 14. Juli 1849.

Der Magistrat.

Verpachtung oder Verkauf eines Gasthofes erster Klasse.

Mein am hiesigen Markte gelegener, mit Inventarium vollständig eingerichteter **Gasthof zum Fürst Blücher,** ist sofort oder Termin Michaelis anderweit zu verpachten oder zu verkaufen.

Derselbe besteht:

1) aus einem 4 Stockwerk hohen, neuen massiven Vordergebäude, mit 12 vollständig möblirten Fremdenzimmern, einem großen Saal und den bequemen Gastwirthschafts-Lokalien, Küchen und guten geräumigen Kellern, par terre ein Kaufladen mit den nöthigen Beigelassen;
2) aus den massiven Hintergebäuden, worin über den theils gewölbten hinreichenden Pferdeställen noch Wohnungen vorhanden sind.

Hierauf Reflektirende wollen sich entweder mündlich oder in portofreien Anfragen an Unterzeichneten wenden.

Bunzlau in Schlesien, im Juli 1849.

v. Nassau,
königl. Wegebaumeister.

Dem löblichen Bürgerschützen-Korps, so wie sämmtlichen verehrten Freunden meines verstorbenen Mannes für die feierliche Ehrenbegleitung und herzliche mich und meine Kinder tröstende Theilnahme meinen innigsten Dank sagend, verbinde ich zugleich die ergebene Anzeige, daß ich das Geschäft meines Mannes mit einem geprüften und mit Qualifikations-Attest versehenen Werkführer, Namens **Reck,** fortführen werde, und bitte, das meinem verstorbenen Manne geschenkte Vertrauen auch auf mich übergehen zu lassen.

Die verw. Schornsteinfeger-Meister
Ludwig,
mit 7 hinterlassenen Kindern.

Die **Herrschaft Dziembowo** an der Netze, zwischen Schneidemühl und Chodziesen, bestehend aus drei Vorwerken und einer bedeutenden Forst, zusammen 7847 Morgen Areal, ist aus freier Hand zu verkaufen und sofort zu übernehmen. Kauflustige werden ersucht, sich unmittelbar an den Gutsherrn zu wenden.

Dominium Dziembowo, bei Schneidemühl.

Landwirthschaftliches.

Als wir im Jahre 1847 das geehrte landwirthschaftliche Publikum auf ein **neues Samendüngungsmittel** aufmerksam machten, welches sich überall, ohne große Mühe und dabei wohlfeil (circa 3 Sgr. pro Morgen Aussaat) anfertigen läßt und auf sämmtliche Getreidearten, Kartoffeln, Klee, Gemüse, Obst, Blumen 2c. die Wirkung des besten Düngers hervorbringt, haben wir gleichzeitig durch glaubwürdige Zeugnisse aus der Mark die günstigen Resultate dieser Samendüngung auf leichtem sandigen und sogar ungedüngtem Boden nachgewiesen. Das damals geforderte Honorar für die Mittheilung des Geheimnisses mag Manchem zu hoch erschienen sein, weshalb wir uns bewogen gefunden haben, nachdem wir die verschiedenartigsten Versuche gemacht und weder Zeit noch Kosten gescheut haben, um dem landwirthschaftlichen Publikum das Billigste und Beste von ähnlichen Mitteln zu bieten, und daher auch wohl für unsere Mühe einen billigen Ersatz beanspruchen zu dürfen glauben, vielseitig ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen, und theilen die Beschreibung unseres Samendüngungsmittels jetzt für das geringe Honorar von 5 Thalern Jedem mit.

Berlin, breite Straße Nr. 8.
Direktion des landwirthschaftlichen Industrie-Comtoirs.

Wilhelmshöhe

bei Salzbrunn.
Zweites Konzert
vom Kapellmeister B. Bilse aus Liegnitz.
Sonntag den 22. Juli 1849.

Im schwarzen Adler

Matthias-Straße Nr. 35.
Heute Sonnabend
Großes Konzert
der Breslauer Musikgesellschaft.
Entree 1 Sgr. **Wesel.**

Im Hartmannschen Lokale,

Gartenstraße Nr. 23,
Morgen, den 22. Juli: **großes**
Militär-Horn-Konzert.

Großes Silber-Ausschieben
heut in Brigittenthal.

Großes Federvieh-Ausschieben
nebst Abendbrod,
heute Sonnabend den 21. Juli, wozu ergebenst einladet: **C. S. Schleier,**
früher Wernitze, Vorwerksstr. 2.

Zum **Fleisch-Ausschieben** und Wurst-Abendbrod, Sonnabend den 21. Juli, ladet ergebenst ein: **Fabian,**
im Morgenauer Kretscham.

Zum **Fleisch-** und **Wurstausschieben** und Abendbrot, ladet auf Sonntag den 22. Juli ergebenst ein:
J. Witte, Gastwirth in Hünern.

Zum **Fleisch-** und **Wurstausschieben** ladet nach Neudorf, Sonntag den 22. Juli, ergebenst ein: **Wengler.**

Zum Scheibenschießen
um Federvieh-Gewinne nebst Tanzmusik auf Sonntag den 22. Juli ladet ergebenst ein:
Gabriel, Gastwirth zur neuen Welt.

Billard-Verkauf.

Billards und **Queue's** stehen in **großer** Auswahl zum **Verkauf** bereit.

Reparatur-Arbeit, sowie **Ueberziehen der Billards** wird stets übernommen.

Gleichzeitig zeige ich an, daß **Billards** zum **Spiel** als auch zum **Verkauf** in meinem Restaurations-Lokale, Ring Nr. 15, aufgestellt stehen, wozu ich ergebenst einlade.
Letzner.

Die Herren Apotheker
finden eine große Auswahl der besten **Greinerschen Instrumente** zu äußerst niedrigen Preisen in Vorrath bei **Hübner und Sohn,** Ring Nr. 35, 1 Treppe.

Ein Lehrling

für ein Handlungsgeschäft wird gesucht im Comtoir, Salzgasse Nr. 7, Odervorstadt.

Bekanntmachung.
In der gräflich v. Frankenbergschen Steingut-Fabrik zu Tillowitz bei Falkenberg in O/S. können **zwei Maler,** die etwas Tüchtiges in Gold- und Silber-Dekoration zu leisten vermögen, dauernde Anstellung finden, und haben sich hierauf Reflektirende bei dem dasigen Inspektor Seliger zu melden.

Brennholzverkauf.

In Poln.-Würbitz bei Konstadt stehen 568 Klaftern starkscheitiges kiefernes und fichtenes Leibholz am Floßbach aufgestellt zum sofortigen Verkauf. Näheres beim Domium.

3800 oder 2164 Rthl.

werden sofort zur ersten Hypothek auf einen hiesigen Gasthof gesucht.
Das Nähere hierüber beim Kaufm. **Patzky,** Schmiedebrücke Nr. 16.

☞ Mehrere elegant und bequem eingerichtete Wohnungen verschiedener Größe, nebst Gartenpromenade, zu jährlichen Miethspreisen von 80 bis 250 Rthl., sind von Michaelis d. J. zu vermiethen. Näheres Weidenstraße Stadt Paris Nr. 25, beim Haushälter.

Französische feine Moutarde,

das Pfund 6½ Sgr., die 1/1 Krause 10 Sgr., die ½ Krause 5 Sgr. Wiederverkäufern das Pfund 5½ Sgr. offerirt:
C. F. Rettig,
Kupferschmiede - Strasse
No. 26.

Am Eingange des klassischen Schlesier-Thales, im reizendsten Theile des Eulen-Gebirges, in der so romantisch gelegenen Kynsburg sind freundliche

Sommerwohnungen

zu vermiethen und bald zu beziehen, und werden denjenigen geehrten Herrschaften besonders offerirt, welche während der jetzt grassirenden Cholera den Rest des Sommers in der reinen gesunden Gebirgsluft zu verleben geneigt sind.
Kynau, Kreis Waldenburg,
im Juli 1849.
Ag. Welt.

Mittlere Wohnungen

von 80 bis 150 Rtl. sind zu vermiethen
Reusche Straße Nr. 47/48, 3 Linden.

Zu vermiethen und Michaelis zu beziehen, nahe am Ringe gelegen:
1 Gewölbe mit anstoßendem Comptoir,
1 Comptoir nebst anstoßenden bedeutenden Räumlichkeiten,
die Hälfte der zweiten Etage, in 5 Zimmern nebst Zubehör bestehend.
Auskunft ertheilt Hr. **J. Cohn,** Karlsstr. Nr. 41, in den Mittagsstunden von 1—3 Uhr.

Ein Gewölbe
nebst vollständigem Inventarium ist sofort oder Michaelis zu beziehen. Das Nähere zu erfragen Nikolaistraße Nr. 75, eine Stiege hoch, oder Kupferschmiedestr. 17, zu den 4 Löwen.

Eine Wohnung ist zu vermiethen, mit der, wenn es verlangt wird, der Besuch des Gartens verbunden ist, Königsplatz Nr. 3 a., bei Ludwig Heyne.

An der Promenade,
Neuegasse Nr. 18, ist zu Michaelis der zweite Stock mit Gartenbenutzung zu vermiethen.

Am Neumarkt Nr. 12 ist ein Parterre-Lokal, bestehend aus zwei schönen großen Stuben, großer lichter Küche 2c., sich besonders zu jedem Geschäftsbetrieb eignend, zu vermiethen. Das Nähere daselbst im Spezereiladen.

Große und mittle Wohnungen, auch Stall für 2 Pferde, zu beziehen: Gartenstr. 34.

Paradies-Gasse Nr. 2
ist eine kleine Wohnung von Michaelis ab zu vermiethen. Näheres Ohlauerstraße Nr. 55, im Laden.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Lieut. von Taubenheim, Lieut. Graf von Nayhaus und Lieut. Baron v. Lüttwitz aus Wohlau. Graf zu Lynar a. Berlin. Gutsbes. Graf von Maltzan aus Militsch. Gutsbes. v. Burgsdorff aus Plutlack. Gutsbes. Klar aus Ostpreußen. Lieut. Werner aus Potsdam. Geh. Ober-Finanzrath Oesterreich aus Berlin. Kandidat Fleischer aus Ratiborer-Hammer. Kaufm. Brendel aus Bunzlau.

---

19. u. 20. Juli	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″5,70‴	27″5,80‴	27″5,55‴
Thermometer	+ 13,2	+ 13,3	+ 15,3
Windrichtung	SW	SW	NW
Luftkreis	überw.	überw.	bed. Regen.

Getreide- Oel- u. Zink-Preise.
Breslau, 20. Juli.

Sorte:	beste	mittle	geringste
Weizen, weißer	65 Sg.	61 Sg.	57 Sg.
Weizen, gelber	63 "	59 "	55 "
Roggen	32½ "	30½ "	28½ "
Gerste	25 "	23½ "	22 "
Hafer	20½ "	19 "	18 "
Rothe Kleesaat		7½ b. 9⅔ Thl.	
weiße "		5 b. 10 "	
Spiritus		7⅚ Br. 7¾ Gl.	
Rüböl, rohes		14½ zu bed.	
Zink			

Rapps 98 bis 100 Sgr.
Winter-Rübsen 95 bis 96 Sgr.

Schiffs-Expeditionen für Auswanderer

durch **F. W. Bödecker** jun.,
von der Regierung angestellter und beeidigter Schiffsmakler in Bremen.

Nach San Francisko
in Californien
am 1. Aug. Schiff Julius, Capitän Stege.

Nach Port Adelaide
in Süd-Australien
am 1. od. 15. Aug. Sch. Livonia, Cpt. Huntemann,
am 1. od. 15. Aug. Schiff Pauline, Cpt. Stelljes.

Nach Galveston
am 15. Aug. Schiff Herschel, Cpt. Raschen,
am 1. Septbr. Schiff Francisca, Cpt. Hagedom,
am 25. Sptbr. Schiff Neptun, Cpt. Vespermann.

Nach New-Orleans
am 15. Aug. Schiff Julius, Cpt. Klockgeder,
am 1. Sptbr. Schiff Ontario, Cpt. Holmes,
am 15. Septbr. Schiff Uhland, Cpt. Meyer,
am 1. Oktbr. Schiff Admiral, Cpt. Wieting.

Nach New-York
am 1. Aug. Schiff Gaston, Cpt. Blancke,
am 15. Aug. Schiff Heinrich, Cpt. Wieting,
am 1. Septbr. Schiff Wieland, Cpt. Henke,
am 15. Septbr. Schiff Emma, Cpt. Edzard,
am 1. Oktbr. Schiff Columbia, Cpt. Genken.

Nach Baltimore.
am 1. Aug. Schiff Albert, Cpt. Reichl,
am 15. Aug. Schiff Elise, Cpt. Tegeler,
am 1. Sptbr. Schiff Schiller, Cpt. Johannsen,
am 15. Sptbr. Schiff Colussus, Cpt. Bramstedt,
am 1. Oktbr. Schiff Göthe, Cpt. Homann.

So lange die Blockade dauert, findet die Expedition von dem benachbarten Ems-Flusse statt, und werden die Auswanderer ohne Kosten von hier frei an Bord geschafft. Ueber die aufs Billigste gestellten Ueberfahrtspreise ertheilt mein Bevollmächtigter Agent für die Provinz Schlesien,

Herr **C. Ferd. Hoffmann in Breslau,** Kupferschmiedestraße Nr. 7,

nähere Auskunft, welcher auch zum Abschluß fester Kontrakte durch mich berechtigt ist.

Bremen, im Juli 1849.
F. W. Bödecker jun.,
H. Aug. Heinicken, Nachfolger.

In Bezug auf vorstehende Anzeige des Herrn **F. W. Bödecker** jun. **in Bremen** halte ich mich allen Auswanderungslustigen bestens empfohlen, und werde mit Vergnügen auf mündliche oder schriftliche portofreie Anfragen die gewünschte Auskunft ertheilen, da mich ein 15jähriger Aufenthalt in verschiedenen Theilen Amerikas in Stand setzt, jeder billigen Anfrage zu begegnen.

Breslau, im Juli 1849.
C. Ferd. Hoffmann, Kupferschmiedestraße Nr. 7.

Die hiesige Haupt-Niederlage des Waldschlößchen-Bieres bei Dresden

führt laut Vertrag nur diese und keine andere Biersorte auf ihrem Lager, und ist dasselbe in bekannter Güte, sowie in beliebig großen Gefäßen, vom halben Eimer auf, ebenso wie in Flaschen jeder Zeit vorhanden. Unsere geehrten Abnehmer erlauben wir uns hierauf ergebenst aufmerksam zu machen.

Gebrüder Oppler,
Ring Nr. 8, sieben Kurfürsten.

Lehrbücher

aus dem Verlage von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** u. **Oppeln.**

Berghaus, Prof. Dr., Grundriß der Geographie in 5 Büchern, enthaltend die mathematische und physikalische Geographie, die allgemeine Länder- und Völker-, sowie die Staatenkunde, erläutert durch eine große Menge eingedruckter xylographischer Figuren und Darstellungen, durch Karten und einen Anhang Hülfs- und Nachweisungstabellen, als Leitfaden beim Unterricht in den oberen Klassen von Gymnasien, höheren Bürger-, Real- und Gewerbeschulen, der Militär-Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten, sowie als Handbuch zur Benutzung beim Selbstunterricht. gr. 8. cart. 5 Rtl. 20 Sgr.

Böhmer, Consistorialrath Prof. Dr., die christliche Dogmatik oder Glaubenswissenschaft. 2 Bände 8. 3 Rtl. 7½ Sgr.

Gravenhorst, geh. Hofrath Prof. Dr., Vergleichende Zoologie, nebst 12 tabellarischen Uebersichten. gr. 8. 3 Rtl.

— — Naturgeschichte der Infusionsthierchen nach Ehrenbergs großem Werke über diese Thiere, in einer gedrängten vergleichenden Uebersicht dargestellt. Ein Supplement zur vergleichenden Zoologie. gr. 8. 10 Sgr.

— — Das Thierreich nach den Verwandtschaften und Uebergängen in den Klassen und Ordnungen desselben dargestellt. Mit 12 lith. Tafeln. 8. 1 Rtl. 7½ Sgr.

Hahn, Ober-Consistorialrath Prof. Dr., Bibliothek der Symbole und Glaubensregeln der apostolisch-katholischen Kirche. gr. 8. 22½ Sgr.

Harnisch, Dr., Handbuch für das deutsche Volksschulwesen, den Vorstehern, Aufsehern und Lehrern bei den Volksschulen gewidmet. 3te umgearb. Aufl. 8. 1 Rtl. 5 Sgr.

Herzog, Domkapitular und geistlicher Rath, Der katholische Seelsorger nach seinen Amtsverpflichtungen und Amtsverrichtungen. Mit besonderer Bezugnahme und Rücksicht auf die Gesetze des königl. preußischen Staates. Mit hoher Approbation des hochwürdigsten Bischofs von Culm. 3 Bände. 4 Rtl. 15 Sgr.

Menzel, Consistorial- u. Schulrath, Die Geschichte der Deutschen. 8 Bände. 4. 12 Rtlr.

— — Neuere Geschichte der Deutschen von der Reformation bis zur Bundesakte. 12 Bände. 8. 32 Rtl. 15 Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Anleitung zur Anlage lebendiger Hecken oder Grün-Zäune.

Von **Julius von Pannewitz,** königlich preußischem Ober-Forstmeister.
Zweite verbesserte Auflage. 8. geh. 7½ Sgr.

Börsenberichte.

Paris, 17. Juli. 5% 87. 60. 3% 53. 50.

Berlin, 19. Juli. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 83½ à ¼ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 60½ Br., Prior. 4% 77½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 39 à ¼ bez. Niederschlesisch-Märkische 3½% 75¾ Br., Prior. 4% 88½ Gl., Prior. 5% 100¾ bez., Ser. III. 5% 97 bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 32 Br., Prior. 5% 80 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 99¾ Br., ½ Gl., Litt. B. 99¾ Br., ½ Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 103 Br. Staats-Schuld-Scheine 3½% 82½ Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 95¾ Gl. Posener Pfandbriefe 4% 98 Gl., 3½% 84½ Gl. Preußische Bank-Antheile 92 Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% — — neue 4% 92¾ Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 74¾ Br., 74¼ Gl., à 300 Fl. —

Die geringe Theilnahme bei den Wahlen in den Provinzen verursachte Mißstimmung an unserer Börse. Es fehlte überdies jeder Impuls zur Spekulation, da von außerhalb ebenfalls niedrigere Kourse eintrafen. Auch sieht man die dänische Angelegenheit, des Protestes der Schleswig-Holsteinschen Statthalterschaft halber, für noch nicht beseitigt an. — Alle diese Umstände wirkten ungünstig auf die Aktien-Börse, wogegen Fonds und Prioritäts-Aktien durch Kauf-Ordres sich behaupteten, theilweise noch gestiegen sind.

Wien, 19. Juli. Schluß der Börse. 5% Metal. 93½, Nordbahn Aktien 111¼, Mailänder 75½, Gloggnitzer 108½, Pesther 70¼, Livorneser Aktien 70.

Breslau, 20. Juli. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Gl. Kaiserliche Dukaten 96½ Gl. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112⅚ Br. Polnisches Courant 95 Gl. Oesterreichische Banknoten 86 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 96 Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 83¼ Br. Großherzoglich Pos. Pfandbriefe 4% 98¼ Gl. neue 3½% 84¾ Gld. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 92 $\frac{5}{12}$ Br., Litt. B. 4% 95 $\frac{1}{12}$ Br., 3½% 87 Gl. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 93 Gl. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 84 Br. Oberschlesische Litt. A. 100 Br., Litt. B. 100 Br. Krakau-Oerschlesische 59¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 76½ Br. Köln-Mindener 83½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38 $\frac{5}{12}$ Br.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.